

Einen anderen

**改道**

Weg gehen...

N°22 - 10.2012

# GÄIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



IN DIESER AUSGABE

Berichte zur Situation in Weissrussland nach der Wahl und internationalen Solidaritätsaktionen ★ Anarchismus auf den Philippinen ★ Licht und Schatten - Gedanken zum anarchistischen Welttreffen ★ Beiträge zu den vergangenen Krisenprotesten und „Banken in die Schranken“ ★ Anarchismus und Judentum ★ und vieles mehr

# Editorial

Hallo Leute,

am vergangenen Sonntag fanden in Weissrussland Parlamentswahlen statt. „Demokratische“ Parlamentswahlen in einem Land, das seit über 18 Jahren diktatorisch regiert wird und in dem seit mehreren Jahren nunmehr 5 Genoss\*innen eingesperrt sind.

Aus diesem Anlass widmen wir das Cover und einige Artikel der Situation in Belarus und wünschen den Genoss\*innen Glück und Mut. Ansonsten findet ihr wie üblich ein buntes Allerlei verschiedener Berichte, Artikel und Analysen rund um die wunderbare Welt der Anarchie.

Unserer Ankündigung in der letzten Ausgabe, die Reflektion des anarchistischen Welttreffens in St.Imier fortzusetzen kommen wir natürlich nach, wenn auch nur mit einem Beitrag. Es scheint, als ob der Diskussionsbedarf langsam zu Neige geht. Falls ihr dennoch den ein oder anderen Gedanken hierzu loswerden wollt, stehen euch die kommenden Ausgaben natürlich offen.

In der Redaktion stehen zur Zeit alle Zeichen auf Druck, genauer gesagt auf der regulären [改道] Gǎi Dào - Druckausgabe. Langsam ist unser Team, das im kommenden Januar den Sprung ins kalte Wasser wagen will, komplett und feilt an den letzten inhaltlichen und technischen Details. Natürlich läuft ein solches - für uns rießiges - Vorhaben nicht reibungslos ab. So hat uns die Post mit einer Portoerhöhung, pünktlich zum 1. Januar einen Strich durch unsere X-mal durchgekaute Preiskalkulation gemacht und auch das hauseigene Konto lässt länger auf sich warten, als gedacht. Aber bis zum Stichtag wird ja noch ein wenig Wasser die Flüsse Dooflands hinab fließen, deshalb werden alle bisherigen Interessent\*innen und die, die es noch werden wollen rechtzeitig die Gelegenheit zur entgeltlichen Abo-Vorbestellung bekommen.

Als kleiner Anreiz sei hier schon soviel verraten: Wir doktoren gerade an ein paar kleinen Aufmerksamkeiten für die ersten Abonent\*innen herum, denn den Vertrauensvorschuss wollen wir natürlich würdigen. Also haltet euch ran.

Ansonsten beibt uns nicht mehr, als euch viel Spaß mit der Oktoberausgabe unseres kleinen Blättchens zu wünschen.  
Eure Redaktion.

## Herausgeber\*innen:

[改道] Gǎi Dào-Redaktionskollektiv

Web: [fda-ifa.org/gaidao](http://fda-ifa.org/gaidao)

Redaktion: [redaktion-gaidao@riseup.net](mailto:redaktion-gaidao@riseup.net)

Abo: [abo-gaidao@riseup.net](mailto:abo-gaidao@riseup.net)

PGP-Schlüssel auf der Homepage

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist\*innen (FdA), das in der Internationalen der anarchistischen Föderationen (IFA) organisiert ist.

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied des FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien des FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige\*r Autor\*in, Übersetzer\*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

## Weltweit



- 04** „*Farce par excellence*“  
Weissrussland und seine Gefangene nach der Wahl
- 06** *Für die Zukunft lernen*  
Im Interview: Anarchismus auf den Philippinen

## Lokales



- 09** *Augsburg meets Manila*  
Infoabend über Anarchismus auf den Philippinen
- 10** „*Niemand kann frei sein...*“  
Solidaritätsaktion für die gefangenen Anarchist\*innen in Belarus
- 11** *Abgeschoben ins Hinterland*  
Über Flüchtlingsproteste der Heimbewohner\*innen im Landkreis Leipzig
- 14** *Organisiert euch!*  
Demokratie an sächsischen Hochschulen bald Geschichte?
- 15** „*Sind sie nützlich?*“  
Bürger Courage e.V. kämpft mit Kunst gegen wachsenden Sozialdarwinismus

## Bewegung



- 16** *Zwischen Rhein und (Auf-)Ruhr*  
Neues von der Initiative zur Gründung einer anarchistischen Föderation in NRW
- 17** *Alles für den täglichen Aufstand*  
Interview mit Black Mosquito
- 20** *Kurz und Knapp*  
Kurzvorstellung des „Antinationalen Bündnis“ und Stellungnahme des A-Treffens Ostwestfalen Lippe zur „umFAIRteilen“ Kampagne



### Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „\*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

## Analyse & Diskussion



- 21** *Licht und Schatten*  
Gedanken eines Berliner Nachbereitungstreffens zum anarchistischen Welttreffen in St.Imier
- 24** *We haven't even started yet*  
Zum Stand der antikapitalistischen Proteste im Sommer 2012
- 28** *Kritik der Profiteure statt Kapitalismuskritik*  
Empörte, Occupy, Banken in die Schranken

## Geschichte



- 36** *Anarchismus und Judentum*  
1. Kapitel einer historischen Erstübersetzung

## Kultur & Alltag



- 38** *Krank gemacht*
- 39** *Der Schalk im Garten*

## Aufrufe



- 40** „*Lieber Diktator sein, als schwul*“  
Wählen ändert nichts – erst recht nicht in einer Diktatur. Solidarität mit der Protestbewegung in Belarus und den eingesperrten Genoss\*innen

## Termine



- 42** *Termine*
- 43** *FdA hautnah*  
Regelmäßige Termine der FdA-Gruppen

### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender\*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender\*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Verteiler\*in bzw. Absender\*in ist nicht identisch mit den Ersteller\*innen.





# „Eine Farce par excellence“

*Weissrussland und seine Gefangenen nach der Wahl*

★ *l.k.*

Das Wahlen selten halten was sie versprechen, nämlich eine aktive Mitbestimmung am politischen Geschehen, dürfte weithin bekannt sein. Zu einer Farce par excellence werden sie allerdings, wenn sie in einer De-Facto Diktatur stattfinden, in diesem Fall die Parlamentswahlen Ende September in Weissrussland.

Schon im Vorfeld der Wahl wurde deutlich, dass die – ohnehin geringe – Hoffnung auf einen Machtwechsel oder zumindest ein deutliches Zeichen des Protests gegen den „letzten Diktator Europas“, Alexander Lukaschenko wieder einmal unbegründet blieb. Die sozialdemokratische Partei durfte nicht zur Wahl antreten, ebenso wenig wie das Bündnis des liberalen Oppositionspolitikers Ales Michalewitsch. Letzterer befindet sich bezeichnenderweise seit März letzten Jahres im tschechischen Exil, nachdem er aus dem Gefängnis des weissrussischen Geheimdienstes KGB entlassen wurde, in dem er seit der letzten Präsidentschaftswahl 2010 inhaftiert war.

Einige, unter anderem die beiden größten Oppositionsparteien „Vereinigte Bürgerpartei“ und „Weissrussische Nationale Front“ zogen wenige Tage vor dem Wahltermin ihre Kandidaten zurück und riefen ihre Anhänger\*innen zum Wahlboykott auf. Unter anderem verweigerte die Wahlkommission, die ausschließlich aus Mitgliedern der regimeloyalen „Belaja Rus“ bestand, ohne Begründung mehreren Kandidaten die Teilnahme an der Wahl oder weigerte sich die Programme der Parteien zu veröffentlichen.

Auch die weissrussischen Sicherheitskräfte ließen keinen Zweifel am Ausgang der Wahl. So wurden Menschen bedroht, die über soziale Netzwerke zum Wahlboykott aufriefen und die

Teilnehmer\*innen einer Protestaktion einige Tage vor der Wahl in Minsk verprügelt. Arbeiter\*innen, Angestellte, Schüler\*innen, Student\*innen und Soldat\*innen wurden in mehreren Fällen zur Wahl gezwungen und dazu angehalten, abweichendes Wahlverhalten ihrer Mitmenschen zu denunzieren.



*Solidaritätskundgebung vor der weissrussischen Botschaft in Rom*

Mit diesen Vorzeichen überraschte das vorläufige Wahlergebnis dann auch niemanden. Von den 110 zu wählenden Parlamentssitzen stehen bisher 109 namentlich fest. Die Opposition – letztmalig 2004 in einem Parlament vertreten – erhielt keinen einzigen Sitz. Auch die offizielle Wahlbeteiligung von 74,3% darf angezweifelt werden, mehrere unabhängige Wahlbeobachter\*innen berichteten von verwaisten Wahllokalen, selbst in der Hauptstadt Minsk. Auch dies überrascht wenig, waren doch einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IISEPS zufolge, 55 Prozent der Weißrussen vor den Wahlen überzeugt, dass die Ergebnisse nicht von ihrer Stimme abhängen.

Lukaschenko selbst lobte die Wähler\*innen für ihr „bewusstes politisches Handeln“ und wies jeden Vorwurf der Manipulation als westliche Propaganda zurück. „Wahlen, die langweilig sind und friedlich verlaufen, sind gut für die Bürger und die Regierung“ kommentierte er lapidar den Wahlausgang, um im Anschluss



*Proteste auch in London*





anzukündigen das der Frieden „nicht halten würde, sollte die Opposition gegen das Wahlergebnis protestieren“.

Das solche Sätze handfeste Folgen haben können, er-

ten Solidaritätsgrafittis an mehreren Stellen. Auch das Anarchistische Netzwerk Südwest sendete solidarische Grüße. (siehe Cover)

Eine erste erfreuliche Nachricht ist die Freilassung

von Pawel Syromolotov. Der anarchistische Aktivist, der mit den oben genannten verurteilt wurde, kam vergangene Woche nach 620 Tagen frei. Der offizielle Grund dafür ist ein Gnadengesuch, welches er aus persönlichen Gründen an Lukaschenko gestellt hat. Da die restlichen Aktivist\*innen laut eigener Aussage „lieber jeden einzelnen Tag absitzen, als bei Lukaschenko um Gnade zu betteln“, ist deren Freilassung weiterhin unwahrscheinlich. Umso notwendiger ist es deshalb, weiterhin vielfältig ihnen und der weissrussischen Regierung zu zeigen, dass kein Mensch alleine ist, der für eine Welt ohne Diktaturen, Unterdrückung und Repression kämpft.



Kundgebung vor dem Eiffelturm in Paris

leben zur Zeit die Anarchist\*innen Ihar Alinevich, Mikalai Dziadok, Artsiom Prakapenka, Aliaksandr Frantskievich und der Aktivist Jauhen Vas'kovich. Alle wurden im Mai 2011 zu Freiheitsstrafen zwischen 3 und 8 Jahren verurteilt. Ihnen werden verschiedene Aktionen gegen das Regime Lukaschenkos zur Last gelegt, unter anderem Brandanschläge auf die russische Botschaft und die Zentrale des weissrussischen Geheimdienstes.

Aus Solidarität mit den inhaftierten Genoss\*innen fanden deshalb am Wochenende der Wahl, in mehreren europäischen Städten Aktionen vor weissrussischen Vertretungen statt, die ihre sofortige Freilassung und ein Ende der Repression forderten. In Paris organisierte die Fédération Anarchiste eine Kundgebung vor dem Eiffelturm. Im Anschluss zogen die etwa 70 Teilnehmer\*innen noch lautstark durch die Innenstadt. In London war es die Anarchist Federation, die zu Protesten vor der weissrussischen Botschaft aufrief und auch in Rom folgten einige Dutzend Menschen dem Aufruf der Federazione Anarchica Italia (FAI). Desweiteren fanden kleinere Kundgebungen in Turin, Reggio Emilia, Livorno und Bonn statt. In Berlin dekorierten solidarische Menschen die Botschaft mit Slogans und protestierenden Kuscheltieren und sprüh-



Protest einmal anders: Weissrussische Botschaft in Berlin



# „Für die Zukunft lernen“

*Im Interview: Anarchismus auf den Philippinen*



Die [改道] Gai Dào berichtete 2012 in der März-Ausgabe über die Gasera, eine anarchistische Zeitschrift, an der der Kollege, der im September/Oktober auf Rundreise in der BRD und Österreich war, mitarbeitet. In der Juli-Ausgabe hatten wir einen Reisebericht einer Genossin, die im Winter 2011/12 zu Besuch in Manila war und einige Militante (=Aktivist\*innen) vor Ort kennen gelernt hat. Zum weiteren Verständnis der Situation auf den Philippinen veröffentlichen wir hier ein Interview, das zuerst im August 2011 per E-Mail für [syndikalismus.wordpress.com](http://syndikalismus.wordpress.com) gemacht wurde:

Hallo, mein Name ist B. Umali und ich freue mich, aktuelle Informationen mit internationalen Lesern teilen zu können: Vorweg muss ich sagen, dass meine Erfahrungen nur auf meinen Wirkungskreis in der *National Capital Region* (NCR) zu beziehen sind. Es gibt aber auch Aktivisten in Bulacan und Cavite. Weil es für uns schwer ist, unsere Situation systematisch darzustellen, müssen diese Erfahrungen und Informationen nicht automatisch korrekt sein. Die Meinung von anderen Kollektiven oder Einzelpersonen dazu fehlt mir noch.

**Wie umfangreich ist die Philippinische Bewegung zur Zeit?**

So weit ich mich erinnern konnte, war die größte Zahl, die wir koordinieren konnten, etwa 500 Aktivisten während des A-Fests. Etwa 50 haben an einer SONA-Aktion teilgenommen, das war 2006.

**Welchen Bedingungen steht die anarchistische Bewegung auf den Philippinen gegenüber?**

Die Bewegung der Menschen und der Kollektive in der autonomen und anarchistischen Sphäre ist sehr flüssig. Die meisten Leute sind ziemlich jung und beteiligen sich an Aktivitäten, aber verschwinden nach einiger Zeit, aufgrund zahlreicher Gründe.

Der Hauptgrund ist wirtschaftlicher Natur, besonders wenn sie eine Familie gründen und Kinder zu ernähren haben.

Es gibt natürlich auch Leute und Kollektive, die in der Bewegung verbleiben. Manche Kollektive haben überlebt und einige Einzelpersonen bringen eine Menge Zeit auf, für ihre Aufgaben in der Bewegung, die Lohnarbeit und ihre Familie.

Die Leute, die von der Bewegung angezogen werden, sind ziemlich verschieden. Die Spanne reicht von Arbeitern aus Call – Centern, Studenten, NGO-Leuten, Punks, Schauspielern und Künstlern, aber man kann schon sagen, dass nur wenige in einem festen Kreis bleiben und ihren Aktivitäten lange nachgehen.

**Wie sieht die Struktur eurer Organisation aus?**

Wir wenden fundamentale anarchistische Prinzipien in unserer Organisation an. Dazu zählen die allgemeine Zusammenarbeit, keine Etablierung von Hierarchien usw. Wir sind natürlich rein freiwillig und unsere Kapazität ist von den involvierten Einzelpersonen und Kollektiven abhängig.

Wir organisieren uns durch kollektive Planung und Beratung und haben begonnen, unsere Aktivitäten systematisch zu dokumentieren, um uns Schwächen bewusst zu werden. Ende der 90er haben die Aktivisten das *Lokale Anarchistische Netzwerk* organisiert (LAN), welches stark herrschaftskritisch war. Dieses Netzwerk bestand leider nicht länger als zu Beginn des Jahres 2000. Also haben sich in der Mitte des Jahres 2000 manche Kollektive in der Mainstreampolitik engagiert, wo die Mehrheit von konservativen oder kommunistischen Parteien dominiert ist.

Wir haben uns auch in linken Kreisen umgesehen und haben versucht den anarchistischen Ideen mehr Popularität zu verschaffen. Diese Initiative hat sich seit einigen Jahren signifikant verringert. Die Kollektive wie auch die Einzelpersonen haben ihre Aufgaben und Aktivitäten stark heruntergefahren. Bis 2010, als sie wieder zusammenkamen und eine neue Serie von Aktivitäten organisierten, wie Workshops, FNB, Diskussionen, und alles gipfelte in der Neugründung des LAN. Das Netzwerk organisierte dann die Aktivisten für Protest Aktionen um SONA (Am Noy Aquino-Feiertag) zu kritisieren.“



## Wo finden eure kulturellen Veranstaltungen und Vorträge statt?

Wir lassen unsere Veranstaltungen meistens an privaten Orten stattfinden, zu denen wir Verbindungen haben. Wir benutzen auch öffentliche Einrichtungen, aber hier haben wir Schwierigkeiten, die nötige Teilnehmerzahl zu erreichen, denn wir haben zahlreiche Konkurrenzveranstaltungen. Kleinere Treffen, Konferenzen und Workshops sind leichter zu bewerkstelligen, hierfür nutzen wir kleine Gemeindesäle oder die Universität. Dank unseres neu errichteten Infoladens und der Zuverlässigkeit der Kameraden können wir dort auch kleine öffentliche Treffen stattfinden lassen.



Proteste gegen den SONA in Cubao Quezon City im Juli 2012

## Wie finanziert ihr euch?

Unsere Ressourcen wie Bücher, Dokumente, Geld und Büroartikel usw. kommen von Spenden von Einzelpersonen oder Kollektiven. Das finden wir eigentlich untragbar, aber wir leben in diesem System, seit wir die Arbeit in der Bewegung begonnen haben. Meistens erschöpfen sich unsere Aktivitäten in Publikationen, Treffen, Konferenzen, Protestwachen, Gigs, Ausstellungen und Workshops zum Selbstkostenpreis. Wir sind daher auch auf Spenden der internationalen Bewegung angewiesen.

## Wie sieht eure Arbeit genauer aus?

Wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, die Bewegung zu stärken, indem wir sie populärer machen. Das haben wir zum Beispiel mit unserem „Etniko Bandido

infoshop“ letzten Dezember 2010 versucht. Danach begannen wir eine Bildungskampagne in unserem Netzwerk und bei unseren Bekannten. Deren Inhalte sind die Annäherung an unsere Geschichte, eine Darstellung des Geschlechterverhältnisses und Ökologie unter einem antiautoritären und nicht hierarchischen Standpunkt. Daneben wollen wir alternative Methoden des Widerstandes populärer machen.

## Wie sieht die Geschichte des Widerstandes auf den Philippinen aus? Gibt es anarchistische oder anarchosyndikalistische Wurzeln?

Das ist eine sehr interessante Frage, aber bevor ich sie beantworte, muss ich erst etwas ausholen.

Ähnlich wie in anderen Orten in der Welt hat der Anarchismus auch hier archaische Wurzeln. Bereits vor dem Pleistozän haben archäologische Studien eine Organisation der Gesellschaft unserer Vorfahren auf der Basis gegenseitiger Hilfe nachgewiesen. In der Neuzeit – auch wenn unsere Mainstreamgeschichtsschreibung nicht großartig auf die Rolle Isabelo de los Reyes’ verweist – beeinflusste diese Person elitäre wie auch linke Kreise, die ihre geschichtlichen Wurzeln in der Aufklärung und in der Republik sehen. Diese Strömung möchte ich nicht unterschätzen. Dieser Isabelo war einer der gefürchteten

Feinde der Spanier während der Kolonialzeit und er wurde nach Montjuich, Barcelona, geschickt, wo er anarchistische Aktivisten in der Haft kennenlernte. Nach seiner Entlassung lernte er den Anarchosyndikalismus kennen, der den dominanten Widerstand zu dieser Zeit bildete. Dank der schnellen Verbreitung der Ideen Bakunins und der schnellen Organisation von Arbeitern in Orten wie Barcelona, Katalonien und Madrid konnten die Ziehsohne Marx’ die anarchistischen Ideen nicht bekämpfen; die Anarchosyndikalistenspaniens waren bereits zu stark und ihre Popularität wuchs beständig. Zu dieser Zeit kam Isabelo zurück und brachte Bücher von Malatesta, Proudhon, Voltaire, Darwin, Marx u.a. Er organisierte dann die UOD – die *Union Obrera Democratica* – nach anarchosyndikalistischem Vorbild. Die erste Arbeitervereinigung im philippinischen Archipel. Leider sind die einflussreichsten Arbeitervereinigungen zur Zeit marxistisch, leninistisch oder maoistisch. Das ist eine der





Herausforderungen die wir Anarchisten heute annehmen müssen, aber wir haben begonnen, unsere Rolle in unserer Situation und in unserem historischen Auftrag zu begreifen. Wir wollen die Grenzen und den Niedergang der historischen Bewegung beleuchten und daraus für die Zukunft lernen.

**Zieht ihr es in Betracht, eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft aufzubauen, um den Kapitalismus an den Arbeitsplätzen zu bekämpfen?**

Wir sind für diese Möglichkeit immer offen, aber das hängt von unserer Kapazität und Vorbereitung ab, solch eine Aufgabe annehmen zu können.

**Welchen Platz nimmt der Anarchismus in der philippinischen Gesellschaft ein?**

Generell ist unsere Kultur von den christlichen, elitären Katholiken bestimmt; sie sind die Quelle des Konservatismus, der es nicht zulässt, anarchistische Ideen und Praxis zu verbreiten.



Food not Bombs Aktion in Manila, Februar 2012

Ideal nach. Grundsätzlich kann man aber sagen, dass wir vom Staat nicht als ernsthafte Bedrohung aufgefasst werden. Da haben wir noch einen weiten Weg vor uns.

**Wer hat Interesse an euren Ideen?**

Meistens Studenten, Jugendliche und Linke. Sie zeigen Interesse am Konzept des Anarchismus, an Veranstaltungen und öffentlichen Protesten. Das ist eine der schönen Seiten, die wir nutzen müssen.

**Müsst ihr gegen andere Strömungen ankämpfen?**

Da gab es mal ein Anzeichen von Feindschaft mit der RA ( Re-Affirmatists), der Jose Maria Sison-Splittergruppe der Kommunisten. Daraufhin hat einer unserer Kameraden entschieden, die Pläne für eine Organisation der Studenten der Philippinischen Polytechnischen Universität aus Vorsicht fallen zu lassen, weil diese Uni als Territorium der RA gilt.

## Spenden

*Spendenaufwurf der philippinischen Genossen und Genossinnen von „Mindsetbreaker Press“:*

*Wie im Interview dargestellt wurde, ist die Gruppe klein und nicht wirtschaftlich unabhängig. Daher hat sie bereits in einer internationalen Mail an die Solidarität der anarchistischen Gemeinschaft appelliert, aber versäumt, einen richtigen Bank-Kontakt herzustellen. Das haben wir jetzt nachgeholt und hier ist die Bankverbindung:*

- Bankname: BANK OF THE PHILIPPINE ISLAND
- Kontonummer: 2719 0543 77
- Kontoinhaber: Jocelyn R.Zulueta / Crisanto D. De Vera
- Postadresse: 157 Ilaya E.Mendoza St. Buting, Pasig City, Philippines
- Bankadresse: 99 A. Sn.guillermo Ave. Buting, Pasig City Philippines
- Zip code: 1600
- Swift code: BOIPHMM

**Wie werdet ihr von der Polizei behandelt?**

Die Gründe für Repression und Brutalität von Seiten der Polizei sind in unserer patriarchalen Gesellschaft zu suchen – es gilt als angesagt, ein Macho zu sein, und je brutaler du bist, desto mehr kommst du diesem

*Zur Erklärung:*

„SONA“ ist die Abkürzung für „State of Nation Address“ und hierbei handelt es sich um einen grundgesetzlichen Akt im Philippinischen Staat. Hierbei soll der Präsident dem Kongress einen Report abliefern, der, wie bereits am

Namen ersichtlich, die Lage der Nation zum Inhalt hat.

Es gibt dazu jährliche Proteste. Dieses Jahr waren mehr als 8.000 Autoritäre auf der legalen Route – laut dem Infoladen sind mit Geld oder Nahrung käufliche Demonstranten auf dieser Demo nicht unüblich. Dagegen standen etwa 40 anarchistische Demonstranten, die die legale Route verließen und nach eigenen Angaben randalierend im Regierungsviertel unterwegs waren. Neben der Randalie wurden Flugblätter verteilt und mit den Passanten über die Bannerinhalte diskutiert um zu agitieren. (Quelle: „Fuck the State of the Nation Address Demo (Philippines)“). „Ninoy Aquino“ war der populärste Gegner des Diktators Ferdinand Marcos und wurde erschossen. Für ihn existiert am 21. August ein Feiertag.

**Kontakt**

ETNIKO BANDIDO INFOSHOP

157 Ilaya St. E. Mendoza  
Buting Pasig City  
Philippines 1600

Homepage:  
[dissentingvoices.org/etnikobandido](http://dissentingvoices.org/etnikobandido)

## Augsburg meets Manila

### Infoabend über Anarchismus auf den Philippinen

★ Anarchistisches Kollektiv Augsburg

Am Montag, dem 17.09.2012, fand der Vortrag „Zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft auf den Philippinen“ in unserem Infoladen „Ganze Bäckerei“ in Augsburg statt. Schon früh nachmittags trafen wir uns, um für vegane Verköstigung der Gäste, aber auch unseres Genossen Cris von den Philippinen zu sorgen. So machten wir uns gegen 17:30 Uhr voller Vorfreude auf den Weg, um ihn vom Bahnhof abzuholen. Minuten verstrichen voller Spannung auf dem Gleis des Augsburger Hauptbahnhofes.

Die Begrüßung war sehr herzlich, als wäre man schon jahrelang Freund\*innen gewesen. Auf dem Weg mit Cris Richtung Infoladen redeten wir über „Gott und die Welt“ und zeigten ihm ein paar Sehenswürdigkeiten der Stadt. Vor dem Rathaus schossen wir einige Erinnerungsfotos. Kaum im Infoladen angekommen, sorgte dieser für eine Menge Gesprächsstoff. Wir tauschten uns über die Organisationsformen eines selbstverwalteten Raumes, Repressionen und Veranstaltungen aus – um nur ein paar Punkte zu nennen. Ab jetzt hieß es gespannt darauf zu warten, wie viele Gäste den Vortrag besuchen kommen würden. Während Cris sich eine kleine Auszeit gönnte, um mit seinen Freund\*innen von den Philippinen Kontakt aufzu-

nehmen, bereiteten wir den Rest für den Vortrag vor. Mit gewohnter Verspätung fing der Vortrag mit leider nur ca. 15 Leuten an – wir erhofften uns natürlich mehr, denn es ist ja nicht üblich, einen Genossen von den Philippinen als Gast begrüßen zu dürfen. Doch das tat der Stimmung keinen Abbruch, wir erfreuten uns einfach daran etwas über die Lage in einem Land vom anderen Ende dieser Welt zu erfahren. Cris freute sich zudem, dass zu dieser Veranstaltung eine junge Frau mit philippinischen Wurzeln gekommen war, um einen Einblick zu erhaschen.

Mit einer anfänglichen Schüchternheit, die schnell verflog, ging Cris auf die Geschichte des Anarchismus in Südostasien ein. Zu diesem Zeitpunkt erwähnte er jedoch nicht, dass es sich hierbei um die Vergangenheit handelt, sondern ließ uns in dem Glauben, dass es – wie er es bezeichnete – eine natürliche Form von anarchistischer Lebensweise im Hochland „Zomia“ existiert. Darauf baute sein Vortrag auf. Er stellte uns diverse Projekte vor wie z.B. Food not Bombs oder Cop Watch. Cris erzählte jeweils die Hintergründe, wie solch ein Projekt oder eine Organisation zustande gekommen ist. Cop Watch ist zum Beispiel dadurch entstanden, dass ein 13-jähriger Junge grundlos von der Polizei erschossen worden ist, als er nach verwertbarem Müll gesammelt hat, um sich etwas Essbares



zu leisten. Unvorstellbar für uns, dachten sich viele in diesem Augenblick, waren geschockt und zutiefst betrübt. Die Eindrücke wurden immer weiter verschärft, als Cris auf die Minenarbeiter\*innen und auf dort lebende Familien im südlichen Teil der Philippinen einging. Er erklärte uns dabei, wie Firmen aus aller Welt wortwörtlich über Leichen gehen, um Ressourcen wie Gold, Nickel oder Kupfer auf den Philippinen zu fördern. Am Ende ging er auf diverse Banken ein – die er selbst als „our biggest enemy“ bezeichnete – die zusammen mit den Firmen Geschäfte machen um – wie nicht anders zu erwarten – den Profit zu steigern. Vor uns also eine Sequenz der Powerpointpräsentation mit bunten Bildchen von allen beteiligten Banken. Zu diesem Zeitpunkt beendete Cris seinen Vortrag mit Worten die uns wohl noch lange in Erinnerung bleiben werden: „I told you at the beginn about the anarchists in the Zomia Highlands, know the situation is like that and there are no anarchists anymore“.

Am Ende zeigte Cris uns noch Videos von diversen Aktionen, die sie organisiert haben. Dies hob die ge-

drückte Stimmung und rundete den Vortrag ab. Man konnte sehen, wie sich die Genoss\*innen ins Zeug legen, um zu informieren, zu organisieren, eine Infrastruktur aufzubauen, einfach der Utopie einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher zu kommen. Kaum waren der Vortrag beendet und alle offenen Fragen beantwortet, stürzten sich alle kaufwütig auf den kleinen Tisch, auf die mitgebrachten Sticker, Hefte und T-Shirts. Alle wollten Cris und seine Genoss\*innen unterstützen und spendeten deshalb fleißig. Solch ein emotionales Feedback zu einem Vortrag gab es selten, es ging nicht – wie allzu oft – darum, ob der Vortrag gut gehalten war, nein, die Gäste beschäftigten sich mit dem Inhalt und der Thematik und formulierten so ihr Feedback – es war eine der besten Erfahrungen der letzten Zeit und es zeigte einfach, dass es sich lohnt zu kämpfen und nicht aufzugeben. An dieser Stelle möchten wir uns bei der FAU bedanken, die das alles ermöglicht hat, und wünschen Cris und seinen Genoss\*innen alles Gute auf ihrem Weg.

## „Niemand kann frei sein...“ *Solidaritätsaktion für die gefangenen Anarchist\*innen in Belarus*

★ ASj Bonn

Am Samstag, den 22. September, demonstrierten 14 Aktivist\*innen vor dem Konsulat von Belarus in der Fritz-Schäffer-Straße 20 in Bonn. Sie forderten die Freiheit der in Belarus inhaftierten anarchistischen Genoss\_innen. Anlass waren die an diesem Wochenende stattfindenden Parlamentswahlen, aus denen wieder einmal der jetzige Präsident Alexander Lukaschenko als Sieger hervorgehen wird. Lukaschenko regiert das Land diktatorisch und lässt Gegner\_innen des Regimes gnadenlos verfolgen, inhaftieren und verschwinden.

Den gefangenen Anarchist\*innen werden verschiedene Taten vorgeworfen, bei denen keine Menschen zu Schaden kamen; So sollen sie zum Beispiel eine Geheimdienstzentrale mit Feuer angegriffen und an ungenehmigten Demonstrationen teilgenommen haben. Es geht nicht darum, ob die Genoss\_innen die Taten, die gerade in einem Land wie Belarus legitim



und notwendig sind, tatsächlich begangen haben oder nicht. Sie sitzen wegen ihrer anarchistischen Ideale im Knast.

Vor dem Konsulat wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind“ entrollt. Es wurden zwei Redebeiträge verlesen, die auf die Repression in Belarus und speziell auf die



Haftbedingungen der inhaftierten Genoss\*innen hinwiesen. Auch wurde die Kooperation zwischen der deutschen und der belarussischen Polizei angeprangert.

Im Anschluss zogen die Aktivist\*innen in die Bonner Innenstadt, um die Aktion zu wiederholen.

Freiheit für die gefangenen Anarchist\_innen in Belarus! Für die Anarchie!

*Auch weiterhin sind Aktionen notwendig, so freut sich das Konsulat weiterhin über Anrufer\*innen oder Briefe, die sich nach dem Befinden der Inhaftierten und deren Freilassung erkundigen.*

*Fritz-Schäffer-Straße 20 53113 Bonn  
(0228) 201.1332 / (0228) 201.1310*

# Abgeschoben ins Hinterland

## Über Flüchtlingsproteste der Heimbewohner\*innen im Landkreis Leipzig

★ Einzelpersonen aus Dresden

### Boycott der Lebensmittelgutscheine

Obwohl das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 18.07. die Geldleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes als zu niedrig und menschenunwürdig einstuft, hält der Landkreis Leipzig weiterhin an der bisherigen Regelung, 40,90€ monatliches Taschengeld<sup>1</sup> + Gutscheine für Waren des täglichen Bedarfs, fest<sup>2</sup>. Daraufhin boykottieren AsylbewerberInnen in den Unterkünften Thräna, Hopfgarten und Elbisbach am 27.07. die Ausgabe der Lebensmittelgutscheine, um eine bessere Lebenssituation zu erkämpfen. In einer Pressemitteilung vom 30.07. erläutern diese ihre prekäre Situation und fordern:

- „1. Ein Gespräch mit dem Landrat Dr. Gey und den Fraktionsvorsitzenden des Kreistags
2. Die Abschaffung der Gutscheinversorgung und Einführung einer Bargeldversorgung
3. Eine schnelle Anpassung unserer Leistungen nach dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht“<sup>3</sup>

Außerdem reichen viele beim Sozialgericht einen Antrag auf einstweilige Anordnung ein, um eine sofortige Angleichung der Leistungen und die Umstellung auf Barzahlungen zu erwirken.

### Situation in den Heimen

Dem durch den Ausländerbeauftragten Martin Gillo

(CDU) vorgestellten „Heim-TÜV“ zufolge, erhalten die Gemeinschaftsunterkünfte Thräna und Elbisbach die schlechtesten Bewertungen unter den Kriterien der Wahrung der Menschenrechte und Mitmenschlichkeit. Im Zusammenhang damit spricht sogar der CDU-Politiker von „kostengünstigen Kasernen“.<sup>4</sup>

Was sich hinter dieser wenig greifbaren Formulierung verbirgt, offenbart sich bei einem Besuch der beiden Heime. Menschen unterschiedlicher Sozialisation müssen auf engstem Raum zusammenleben. Dies bedeutet eine für „deutsche Verhältnisse“ kaum mehr nachvollziehbare Zimmerbelegung von z.T. vier Menschen pro Zimmer. Sanitäre Einrichtungen müssen sich circa 40 BewohnerInnen teilen. Die Beheizbarkeit mancher Zimmer ist nicht möglich – defekte Fenster und fehlende Heizungsinstallationen stellen dabei keine Seltenheit dar. Zudem beklagen sich die Flüchtlinge über Ungeziefer.

Viele der AsylbewerberInnen leiden unter depressiven Zuständen oder Apathie. Die Gründe liegen neben der miserablen Wohnsituation vor allem in der sozialen Isolation, Rassismus, fehlenden Freizeit- und Bildungsangeboten, Perspektivlosigkeit und einem allgemeinen Freiheitsentzug aufgrund mangelnder finanzieller Möglichkeiten sowie gesetzlicher Restriktionen. Hinzu kommen psychische Belastungen in Form von Traumata und Angstzuständen, resultierend aus den Ereignissen, vor denen sie einst flüchteten.

Die unterschiedlichen Sprachen befördern eine Bar-

[1] <http://saechsischer-fluechtlingsrat.de/resources/F200961+Antwort-AsylbewerberUnterbringung05072009.pdf> [2] <http://boncourage.de/index.php5>

[3] ebd. [4] <http://mdr.de/sachsen/asylheime100.html>



riere der Kommunikation unter den BewohnerInnen. Einen Sprachkurs zu besuchen stellt sich besonders für Erwachsene als schwierig dar. Die Realisierbarkeit wird durch die Abgeschiedenheit der Heime und somit die schlechte Erreichbarkeit der Lehrereinrichtung verhindert. Die vom symbolischen Taschengeld, von dem auch Arztgebühren, Internetkosten, Anwaltskosten, Spielzeug etc. zu begleichen sind, kaum bezahlbaren Ticketpreise öffentlicher Verkehrsmittel – verbunden mit der Residenzpflicht – fesseln die Flüchtlinge an das Heim wie an ein Gefängnis. Aber auch aufgrund reservierten bis xenophoben Verhaltens der lokalen Bevölkerung gibt es wenig Anreiz außer zum Einkaufen das Heim zu verlassen. Der Tagesablauf beschränkt sich dadurch auf oft nicht mehr als das gemeinsame Essen, Fernsehen und Schlafen ohne die Möglichkeit zu Privatsphäre.

Dabei sind die Gemeinschaftsunterkünfte für viele keineswegs eine temporäre Unannehmlichkeit, sondern ein unsicherer Dauerzustand, der irgendwann durch Abschiebung oder die Genehmigung einer eigenen Wohnung endet. So mancher Flüchtling muss sich über zehn Jahre mit den prekären Zuständen arrangieren.

### Der Ausgang der Proteste

Ein Stück mehr Selbstbestimmung im eigenen Leben und weniger Stigmatisierung in der Öffentlichkeit erhoffen sich die MigrantInnen von einer Auszahlung der ihnen zustehenden Leistungen in bar. Im Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erscheint eine Erfüllung dieser Hoffnungen in greifbarer Nähe. Schließlich beharrt der Landkreis Leipzig als letzter in Sachsen weiterhin auf seinem Vorgehen und will die Praxis erst im Oktober neu verhandeln. Dennoch beenden die BewohnerInnen der drei Heime nach zwei Wochen den Boykott. Die Unterstützung externer Personen und Gruppen reicht nicht aus, um eine Ernährung der AsylbewerberInnen längere Zeit sicherzustellen, zumal in der lokalen Bevölkerung der

Rückhalt für den Protest komplett fehlt.

Das geforderte Gespräch mit Landrat Gey findet zwar statt, liefert aber nicht die gewünschten Erfolge. Seine erkenntnisresistente Haltung bei diesem Thema eröffnete Gey bereits gegenüber der LVZ in dem Artikel „Aufregung in der Asylbewerberunterkunft Thräna“ vom 25.07., indem er Kritik an den Heimen des Kreises mit dem bürokratischen Kommentar „Die Verwaltungsvorschriften werden eingehalten“ begegnet.<sup>5</sup>

Die oben genannte einstweilige Anordnung wird wegen vermeintlich fehlender Eile vom Sozialgericht abgewiesen.

Obwohl die Forderungen der Protestierenden bis jetzt nicht erkämpft werden konnten und der Kreis am Gut-scheinmodell festhält, reagiert die Ausländerbehörde Ende August zumindest mit einer wesentlichen Erhöhung der Barauszahlungen. Somit ist für die Betroffenen bereits eine gewisse Erleichterung im alltäglichen Leben eingetreten. An der beschriebenen untragbaren Grundsituation für MigrantInnen wird dies allerdings wenig ändern.

### Besuch vor Ort

Die Geschehnisse im Landkreis Leipzig haben uns, Einzelpersonen aus Dresden, zu Besuchen vor Ort veranlasst, um uns ein eigenes Bild der Lage zu verschaffen und Anknüpfungspunkte praktischer Solidarität zu finden. Wir fuhren dazu jeweils das Heim in Elsbach und Thräna an. Schon beim ersten Besuch während des Boykotts übergaben wir dringend benötigte Grundnahrungsmittel.

Über den Boykott hinaus ergaben sich im Gespräch einige materielle Bedürfnisse, die sich mit externer Unterstützung und ohne Baufirma leicht befriedigen lassen. Dazu zählen Fahrräder, Lastkarren, Lastenräder, Sprachlehrbücher (insbesondere Deutsch), Spielzeug, Internetanschluss, Computer und Fernseher.

Viele BewohnerInnen müssen behördliche oder juristische Auseinandersetzungen mit der Ausländerbehörde oder anderen staatlichen Stellen führen, von denen nicht selten die Zukunft der Betroffenen abhängt. Häufig können ihnen zustehende Rechte nicht durchgesetzt werden, da In-

<b>Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:</b>		
<b>Probeheft gratis!</b>	 <h1 style="margin: 0;">Gender und Gewerkschaft</h1>	
		Probeheft gratis: <a href="http://www.direkteaktion.org">www.direkteaktion.org</a>

formationen zur Rechtslage ebenso fehlen wie Sprachkenntnisse. Zudem werden von den AsylbewerberInnen geltend gemachte Ansprüche häufig nicht ernst genommen, da sie diese kaum einklagen können. In einem Informationsblatt des Sozialgerichtes, das uns vorliegt, wird zum Beispiel ein Anwalt als nicht notwendig beschrieben, obwohl die Erfolgchancen einer Klage ohne anwaltliche Vertretung erfahrungsgemäß selbst für in der Bundesrepublik Aufgewachsene verschwindend gering ausfallen.

An diesem Missstand können externe UnterstützerInnen ansetzen und Kontakt zu solidarischen AnwältInnen organisieren sowie bei der Übersetzung amtlicher Schreiben helfen oder bei Behördengängen begleiten. Die vielleicht stärkste Grundlage der Unterdrückung von MigrantInnen liegt neben staatlichen Repressalien und gesellschaftlichen Ressentiments in der Nichtbeherrschung der deutschen Sprache. Somit ist Deutschlernen, das AsylbewerberInnen kaum ermöglicht wird, weniger eine Anpassung an eine „deutsche Leitkultur“ im Sinne der Integrationsdebatte, sondern vielmehr Teil einer möglichen Selbstermächtigung. Dabei hilft die Sprache nicht nur für eine Interaktion außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte. Auch innerhalb der Heime kann eine Selbstorganisation und mit ihr politischer Widerstand erst durch eine gemeinsame Kommunikationsmöglichkeit aufgebaut werden.

Bei unserem Besuch erfuhren wir von unzähligen Schikanen durch staatliche Institutionen und Diskriminierungen durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Im Heim Thräna führte die Polizei eine Razzia durch. Die Einsatzkräfte stürmten nachts sämtliche Wohneinheiten bewaffnet und verummmt. Den BewohnerInnen zufolge diente die Maßnahme lediglich einer Personalienkontrolle. Zu Durchsuchungen kam es wohl nicht.

Ein Bewohner berichtete von einer Polizeikontrolle mit anschließender Ingewahrsamnahme. Der Betroffene hatte lediglich über 100€ Bargeld dabei, welches die PolizistInnen sofort zu einem Verhör wegen Diebstahl veranlasste.

Bei Taxifahrten von den Heimen aus bestehen die Fahrer darauf, vor der Fahrt bezahlt zu werden. Ein Asylbewerber berichtete von einem Taxiunternehmen, das eine Beförderung mit der Begründung „Wir fahren nicht für Ausländer.“ verweigert.

Viele Bereiche des Ausländerrechts sind nicht genau geregelt, so dass häufig über Willkür der Ausländerbehörde berichtet wurde. Scheinbar wahllos werden BewohnerInnen eigene Wohnungen genehmigt, Urlaubsanträge angenommen oder abgelehnt. Auch die Residenzpflicht wird nicht einheitlich behandelt. Manche dürfen sich in ganz Sachsen, andere nur im Landkreis Leipzig aufhalten. Diese Willkür verstärkt bei vielen die Angst vor Widerstand gegen den unerträglichen Zustand, da ihre Lage anscheinend von der Gnade der Ausländerbehörde abhängt.

Viele berichten davon, an der Kasse eines der Gutschein-akzeptierenden Supermärkte ausgelacht oder beleidigt worden zu sein. An der Kasse muss man sich für viele Waren rechtfertigen und dem Personal darlegen, dass es sich um „Waren des täglichen Bedarfs“ handelt. Dabei ist diese Situation bereits ein Fortschritt. Bis vor Kurzem bereicherten sich die privaten Betreiberfirmen sogenannter Magazine mit überhöhten Preisen an den Flüchtlingen<sup>6</sup>. Nur sie akzeptierten die Gutscheine und konnten so in einer Monopolstellung die Preise diktieren.

Besonders ein Zitat bleibt uns im Ohr: „Wir sterben hier jeden Tag“, sagt uns ein Flüchtling, der sich seit über zehn Jahren ein Zimmer im Heim Elbisbach teilen muss. Er leidet unter Schlafstörungen und Gewichtsverlust, da er kaum noch etwas essen mag. Im Gegensatz zu vielen anderen hat er jedoch durch politische Verfolgung, Flucht und deutsches Lagerleben eines nicht verloren – den Mut für die Rechte der MigrantInnen zu kämpfen.

Auf dem Rückweg erscheinen im Vergleich zu den unfassbaren Einzelschicksalen der Heiminsassen unsere eigenen prekären Leben seltsam leicht und frei. Es wird sicher nicht unser letzter Besuch gewesen sein.

### **Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!**

Als libertär eingestellte Menschen geben wir uns nicht mit einer wahllos definierten „menschewürdigen Unterbringung“ zufrieden. Wir wollen nicht das Leben anderer Menschen verwalten und ihnen als gnädige Mitglieder der deutschen Gesellschaft Almosen übergeben.

Wir akzeptieren keine Hierarchien zwischen Men-

[5] <http://lvz-online.de/region/borna/aufregung-in-der-asylbewerberunterkunft-thraena/r-borna-a-147553.html> [6] <http://wdr.de/exakt/download234-download.pdf>





schen aufgrund ihrer Herkunft. Was laut Grundgesetz für deutsche Bürger gilt, die freie Wahl des Wohnorts sowie der Schutz vor Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion, etc., muss für alle Menschen gelten. Daher erkämpfen wir Menschenrechte und keine Bürgerrechte.

Der demokratische Rechtsstaat agiert konsequent rassistisch, wenn er mittels Ausländergesetzgebung Menschen zweiter Klasse schafft, wenn er die Außengrenzen für Nicht-BürgerInnen schließt oder nur verwertbares „Humankapital“ einreisen lässt. So befördert und reproduziert er die rassistischen, diskriminierenden Einstellungen vieler BürgerInnen, wobei seine VertreterInnen bei rassistischen Übergriffen Betroffenheit heucheln, jedoch nichts an den Zuständen ändern. Während de facto das Asylrecht abgeschafft wurde, während AsylbewerberInnen weiterhin ausgegrenzt und stigmatisiert werden, pflanzt der Staat in Rostock Versöhnungseichen. Solange in der BRD Menschen Ausländergesetzen unterstehen, solange um Europa eine Mauer verläuft, gehören solche Eichen gefällt!

Wir wollen eine Solidarität praktizieren, die nationale und kulturelle Grenzen überwindet und den uni-

versellen Charakter der Unterdrückung aufzeigt. Das Wesen libertären Denkens liegt in der ständigen Analyse und Kritik der Unterdrückungsmechanismen und im Erarbeiten von Alternativen.

Trotz dieser radikalen Position erkennen wir die Notwendigkeit reformistischer Kämpfe, die Lebenserleichterungen bewirken, an. Es wäre menschenverachtend und aus einer privilegierten Stellung heraus gedacht, das alltägliche Elend zugunsten radikaler Forderungen in Kauf zu nehmen. Überhaupt kämpfen wir nicht für eine Befreiung der MigrantInnen, sondern versuchen mit ihnen gemeinsam diese Gesellschaft ein Stück weniger hierarchisch und ungerecht zu gestalten. Zur Erreichung dieses Zieles müssen wir lernen, uns besser selbst, außerstaatlich zu organisieren – in den AsylbewerberInnenheimen und außerhalb, in den Betrieben, Schulen, Universitäten und Knästen, mit unseren FreundInnen und unserer Nachbarschaft.

Solidarität mit den Kämpfen um Gleichberechtigung der AsylbewerberInnen im Landkreis Leipzig und anderswo!

## Organisiert euch!

### *Demokratie an sächsischen Hochschulen bald Geschichte?*

★ a.w.

Die schwarz-gelbe Regierung plant derzeit gravierende Änderungen am sächsischen Hochschulgesetz. Neben verschiedenen finanziellen Verschlechterungen in Sachen Mobilität und Langzeitstudium wird dabei auch geschickt versucht die studentischen Gremien zu beseitigen. Die Regierung setzt dabei auf die politische und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit der Studierenden.

Der neue Gesetzesentwurf sieht vor, dass Studierende in Zukunft nach einem Semester entscheiden können, ob sie sich weiter zur verfassten Studierendenschaft – mit ihren gewählten Gremien, den Fachschaftsräten und dem Stura – zählen oder ob sie die monatlichen 4 Euro für die Gremien sparen und damit ihre Leistungen nicht mehr in Anspruch nehmen. Die studentischen Gremien ihrerseits befürchten, die Studierenden würden eine Entscheidung über ihre Zugehörigkeit

zur verfassten Studierendenschaft vor allem unter kurzfristigen, finanziellen Gesichtspunkten treffen. Dies würde nicht nur ihre finanzielle Grundlage gefährden sondern ggf. auch ihre Legitimation vor Regierung und Hochschulleitungen.

Genau diese Stoßrichtung ist auch ein Hauptziel, zumindest von Teilen der Regierung. Dies zeigen auch die vom Nachrichtenportal addn.me dokumentierten Aussagen, dass in Anbetracht der geringen Wahlbeteiligungen an den Hochschulen sich die Frage stelle, ob die Gremien überhaupt legitime Vertretungen der Studierenden seien. Prinzipiell ist diese Denkweise von einem libertären Standpunkt aus zu begrüßen, jedoch wurde die sächsische Bevölkerung nach der letzten Landtagswahl (2009) mit nur 52,2 % Wahlbeteiligung, von denen wiederum nur 50,2 % in die Regierung eingingen, auch nicht gefragt, ob sie sich noch von der sächsischen oder gar deutschen Gesetzgebung

unterwerfen lassen will. Zudem ist im Gesetzesentwurf auch keine Alternative zur jetzigen Vertretung der Studierenden vorgesehen. Die Alternative zur verfassten Studierendenschaft heißt nach dem Willen der Regierung also einfach keine Vertretung und keine Mitsprache für die Lernenden an den Hochschulen.

Was hieße es also, wenn der Entwurf durchkäme und die Studierenden sich nicht wider Erwarten trotzdem weiterhin zur verfassten Studierendenschaft bekennen?

1. Wegfall von Fachschaftsräten und des Studierendenrates als Verhandlungspartner\_innen mit Verkehrsverbänden, Hochschule, Kultusministerium etc.
2. Damit spätestens Wegfall des Semestertickets.
3. Wegfall von Beratungen zu Studium, Lehre, Studium mit Kind, BAföG, Auslandsstudium, studentischen Förderungsmöglichkeiten.
4. Wegfall der Fachschaftsräte als Verhandlungspartner\_innen, aber auch Mittler\_innen zwischen Studierenden und Dozenten.
5. Wegfall der Erstsemestereinführungen.

Wann diese Änderung im Landtag beschlossen wer-

den soll, ist nicht ganz klar, vermutlich jedoch in den nächsten 2-3 Wochen, sofern es nicht noch gelingt, die Pläne aufzuhalten.

Da es an den sächsischen Hochschulen an breiten und schlagkräftigen Basisorganisationen fehlt, wird ein ausreichend drastischer Protest wohl nur dann schnell organisiert werden, wenn die Studierendenvertretungen dafür den Anstoß liefern. Der Sturä der TU-Dresden und der Universität Leipzig fiel bis jetzt jedoch leider keine wirksamere Protestform ein, als zu Massenemails an diverse Politiker\_innen aufzurufen, was sowohl in Sachen direkter als auch öffentlicher Wirkung wohl eher bescheiden wirken dürfte. Für engagierte Studierende und andere Menschen, die sich der neuen Gesetzesnovelle entgegenstellen wollen, bleibt zunächst vor allem, die Fakten an möglichst viele Menschen zu streuen, sie wenn möglich zu publizieren und mit Freund\_innen und Mitstudierenden Aktions- und Bezugsgruppen zu bilden. Denkbare Möglichkeiten für eine Intervention in der Zeit, die noch bleibt, wären z.B. massenhafte Emails an Zeitungen, Pressemitteilungen, Flyer- und Transpiaktionen, spontane Demonstrationen, Unistreiks, Landtagsblockaden etc.

Lasst die Regierung nicht machen, was sie will! Verlasst euch nicht nur auf StuRä und FSR, organisiert euch, startet Aktionen!

## “Sind Sie nützlich?”

### *Bürger Courage e.V. kämpft mit Kunst gegen wachsenden Sozialdarwinismus*

★ w.m.

Mit einer provokanten und multimedialen Kunstaktion macht der Verein Bürger Courage e.V. seit dem 17. September in der Dresdner Innenstadt auf menschenfeindliche Tendenzen im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik aufmerksam.

Ein kleiner Container, darauf zu lesen “Bürgeramt für eine schöne Zukunft”. Über den Platz hallt eine monotone, synthetisch klingende Frauenstimme. Sie ruft dazu auf unnütze Teile der Gesellschaft zu melden, damit alle nützlichen Teile der Dresdner Gesellschaft eine Chance auf eine schöne Zukunft haben.

Was klingt wie ein Detail orwellscher Dystopie von

totaler Denunziation und Rationalisierung, ist eine provokante Protestaktion auf dem Jorge-Gomondai-Platz in Dresden. Drei Wochen lang können sich Passant\_innen an besagtem Container fotografieren lassen oder anhand von bereits vorhandenen Fotografien Menschen in “nützlich” und “nicht nützlich” einteilen. Damit soll ein Spannungsfeld erzeugt werden, in dem der betrachtenden Person selbst ihre Wertung über andere Menschen und ihre eigene Angst vor einer solchen Bewertung vor Augen geführt werden soll.

Der Dresdner Verein Bürger Courage e.V. setzt sich seit Jahren gegen antidemokratische und rechte Tendenzen in Dresden ein. Leider verwendet er dabei den Begriff des Rechtsextremismus und unterstützt so die

**16****[改道] Gai Dào**  
N°22 - Oktober 2012

ideologische Gleichmacherei von Links- und Rechtsradikalismus, wie sie von Seiten neurechter und konservativer Politologen propagiert wird.

# Zwischen Rhein und (Auf-) Ruhr

*Neues von der Initiative zum Aufbau einer anarchistischen Föderation in NRW*



## ★ *Initiativgruppe*

Am 25.08.2012 gab es das erste öffentliche Vorbereitungstreffen zum Aufbau einer anarchistischen Föderation im Rhein/Ruhrgebiet auf der 2. Libertären Medienmesse im Bahnhof Langendreer/Bochum.

Mit über fünfzig Menschen aus der Region und einigen Neugierigen, die von weiter weg kamen, war die Info-Veranstaltung auf der 2. Libertären Medienmesse sehr gut besucht.

Nach einem Einführungsreferat gab es eine kurze, aber sehr konstruktive Diskussion. Anschließend wurden drei Workshopgruppen improvisiert, in denen sich die Teilnehmer\*innen weiter austauschten und Ideen entwickelten für Aktionen und die nächsten konkreten Schritte, die zur Gründung einer explizit anarchistischen Föderation Rhein/Ruhr führen sollen.

Schon im September sollten weitere Treffen der Arbeitsgruppen "östliches Ruhrgebiet", "westliches Ruhrgebiet" und "Rheinland" stattfinden. Bemerkenswert ist auch, dass relativ viele Occupy-Aktivist\*innen in diesen Prozess eingebunden sind.

In den Wochen nach diesem ersten öffentlichem Treffen sollen in den Arbeitsgruppen u.a. diese Themen:

- we.riseup.net als ein organisatorisches Mittel der Föderation – Klärung der Möglichkeiten und Grenzen (*Workshop durchführen*)
- anarchistische Propaganda (*Anarchistische Klärung*)
- Analyse der bestehenden Verhältnisse und Ent-

wicklungen als Grundlage für den Entwurf einer anarchistischen Alternative (*Anarchistische Kritik*)

- was beinhaltet anarchistische Kultur und was kann die Gruppe zu diesem Thema leisten (*Anarchistische Kultur*)
- Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen (*Anarchistischer Kurzschluss*)
- Beteiligung an aktuellen Kämpfen, Kampagnen und die Entwicklung eines eigenen praktischen Ansatzes (*Direkte Aktion/Praxis*)

näher diskutiert werden.

Grundsätzlich herrschte während des Treffens Einigkeit über diese gesamtheitliche Strategie, wobei deutlich herauskam, dass die Föderation ein Nebeneinander von gelebten Utopien und strategischen Kampagnen, Aktionen, Kultur und Strukturen möglich machen soll. Dabei möchte sich die zukünftige Föderation weniger durch die üblichen "Antis" definieren, sondern durch den Kampf „Für den Anarchismus“.

Erst wenn die Vorbereitungsgruppe einen neuen Diskussions- und Ergebnisstand erarbeitet hat, sollen die Ergebnisse erneut in einem erweiterten Kreis in einem öffentlichen Treffen zur Diskussion gestellt werden. Auf diese Art soll die Handlungsfähigkeit der Gruppe und die Weiterentwicklung der Inhalte und Ideen gewährleistet werden. Trotzdem werden die erarbeiteten Inhalte immer wieder öffentlich in Frage und einem erweiterten offenen Kreis zur Diskussion gestellt. Dieser Prozess soll dann am Ende in der Gründung der Anarchistischen Föderation RheinRuhr münden.





Die Erfahrung beim Aufbau von Organisationsstrukturen hat gezeigt, dass eine der großen Herausforderungen die Kontinuität und die Motivation der Gruppe ist. Daran wollen und müssen wir jetzt arbeiten, um diesen tollen Start als Basis für eine langfristige und kontinuierliche Arbeit zu nutzen.

Wir werden weiter über unsere Aktivitäten berichten. Außerdem werden wir unseren Blog weiter ausbauen.

Für eine anarchistische Organisierung

*Homepage:*  
[afrheinruhr.blogspot.de](http://afrheinruhr.blogspot.de)

*E-Mail:*  
[afrheinruhr@riseup.net](mailto:afrheinruhr@riseup.net)

**Kontakt**

# Alles für den täglichen Aufstand

*Interview mit Black Mosquito*

★ *Redaktion*

**Für diejenigen, die noch nie etwas von euch gehört haben: Was ist „Black Mosquito“?**

Black Mosquito ist ein anarchistischer Mailorder. Wir vertreiben anarchistische / emanzipatorische Inhalte in gedruckter Form, Aktionsmaterialien (von Aufklebern, Plakaten bis Sturmhauben), solidarisch gehandelten Alltagsbedarf (Kaffee, vegane Nahrung) und sub/gegen-kulturelle Bezugspunkte (Musik, Band Merch, ...). Außerdem bieten wir gratis-Infomaterialien an, betreiben einen kleinen Blog und sind ab und an auch mal in außergewöhnlichen Projekten involviert – aktuell z.B. in das CrimethInc. Buch „Message in a Bottle“.

**Wie entstand die Idee „Black Mosquito“? Wieso ein Onlineshop und wieso explizit „anarchistisch“ und nicht „links“ oder „linksradikal“?**

Das Projekt black-mosquito entstand eher zufällig, erst als anarchistischer Infotisch einer lokalen Politgruppe, der sich mit einem diy-Anarch@punk-Vertrieb schließlich zu einem Mailorder zusammenschloss. Zunächst nur mit gedrucktem Katalog, dann spaßes halber mit einer Homepage und so weiter. Das Projekt ist also über die Jahre quasi chaotisch gewachsen und

hat verschiedene Phasen, Diskussionsstände und auch verschiedene Personenkonstellationen hinter sich – und ist auch immer noch ein Prozess, in welchem wir regelmäßig unregelmäßig über den politischen Anspruch und Nutzen des Projektes diskutieren.

Die Frage nach Sinn oder Unsinn politischer Label würde sicherlich den Rahmen dieses Interviews sprengen.

Das Label ‘anarchistisch’ entstammt zum einen aus der Geschichte unseres Mailorders – und zum anderen sehen wir nach wie vor in der reichhaltigen Ideengeschichte und in der aktuellen weltweiten Praxis des Anarchismus die größten Potenziale für einen sozialen, politischen und ökonomischen Umbruch. Dabei halten wir es ganz mit der ‘anarchistischen Synthese’ (Faure) oder um es zeitgemäßer mit CrimethInc zu sagen: „Das Wichtige ist, für Freiheit und gegen Hierarchien zu kämpfen. Wir glauben, dass dies nach verschiedenen Ansätzen in verschiedenen Situationen verlangt und dass sich diese Ansätze untereinander brauchen, um erfolgreich zu sein. Wir sind Anarchosyndikalist\_innen in der Produktionsstätte, Öko-Anarchist\_innen in den Wäldern, Soziale Anarchist\_innen in unseren Communitys, Individualist\_innen, wenn du uns alleine triffst, anarchistische Kommunist\_innen, wenn es etwas zum Teilen gibt, Insurrektionalist\_innen, wenn wir einen Schlag landen.“



Dabei ist das Label 'Anarchismus' für emanzipatorische Kämpfe unserer Meinung nach nicht ausschlaggebend, wir stehen allen progressiven Kämpfen solidarisch gegenüber. Dies gilt insbesondere für den deutschsprachigen Raum, da das anarchistische Label sich hier nicht allzu großer Beliebtheit erfreut und sich so vieles unter Begriffen wie links, linksradikal, autonom, kommunistisch usw. sammelt.

**Wie verträgt sich ein unkommerzieller Mailorder mit finanziellem Druck und „normaler“ Lohnarbeit? Wo macht ihr da Abstriche bzw. müsst diese machen?**

Nun ja, wir (2 Personen) betreiben hauptsächlich Black Mosquito und ein kommerziell ausgerichtetes Online-Antiquariat, sind also nicht dem Druck einer regulären Lohnarbeit ausgesetzt. Dabei ist der Gedanke, dass das Antiquariat quasi den Hauptteil des Gewinns macht und somit uns ermöglicht in der Hauptzeit Black Mosquito zu betreiben. Ein Abstrich ist dabei die kommerzielle Ausrichtung des Antiquariats.

Weitere Abstriche müssen wir in Bezug auf Geld machen... ohne selbstorganisiertes Leben im Hausprojekt wäre das alles für uns so nicht machbar. Außerdem kommen leider oftmals andere Lebensbereiche und politische Projekte zu kurz.

**Da ihr es quasi schwarz auf weiß nachvollziehen könnt: Wie hat sich das Interesse am Anarchismus bzw. an emanzipatorischen Bewegungen allgemein in den letzten Jahren entwickelt?**

Das können wir schwierig einschätzen: da BM sich von einem Ein-Personen-DIY Projekt mit recht niedrigem Aufwand zu einem kleinen Betrieb mit eigenen Räumen, 2 Dauerbeschäftigten und zahlreichen ständigen Mitarbeiter\_innen entwickelt hat... das könnte an einem gewachsenen Interesse an anarchistischen Ideen und Lebensweisen liegen – oder aber daran, dass wir schlicht mehr Leute erreichen, mehr Leute uns kennen

und wir auch außerhalb der Szene-Grenzen Menschen ansprechen. Wer bei uns ein Shirt gegen Nazis bestellt ist ja schließlich nicht automatisch Anarchist\_in.

**Zwischen anarchistischen Gruppen oder Gewerkschaften existierten und existieren ja einige lokale und internationale Vernetzungen und Zusammenschlüsse. Existiert so etwas auch unter anarchistischen Vertrieben, Verlagen oder Mailordern? Und wenn nicht, sollte es so etwas geben?**

Wir kooperieren freundschaftlich mit einer Menge (ähnlicher) Projekte: aus dem gesamten deutschsprachigen Raum (Stinkedeutschland, Österreich, Schweiz, Luxemburg) und weltweit (von Südamerika über Russland bis Südostasien).

Eine tiefere Vernetzung ist immer wünschenswert ... aber in welchem Rahmen ist die Frage. Wir haben vor einer Weile auch an den regionalen Nordtreffen der Infoläden teilgenommen, das war ein Ansatz, der aber leider wieder eingeschlafen ist.

Andere schöne Vernetzungspunkte sind die in den letzten Jahren erfreulicherweise stattfindenden anarchistischen Buchmessen und lokale A-Tage oder der A-Kongress in Berlin.

**Innerhalb des FdA entstand in der Vergangenheit eine Diskussion über die Frage, inwieweit Vernetzungen über „klassische Politgruppen“ hinausge-**



hen sollten, also ob und wie sich andere Projekte, wie etwa ein Mailorder oder auch ein selbstverwalteter Betrieb, sich in so einen politischen Zusammenhang integrieren sollen und können. Was ist eure Meinung dazu?



Der Stein des Anstoßes

Wir kooperieren mit einigen Politgruppen... auf den Ebenen, die uns möglich sind: Verkauf von Soli-Zeug, Vertrieb von Flyern / Plakaten / usw., Werbung auf unserer Homepage, gemeinsame Aufkleberherstellung oder ähnlichem. Dabei ist das Potenzial eines anarchistischen Mailorders aber noch nicht ausgeschöpft – oft bekommen wir z.B. erst Flyer, die wir gut verteilen könnten, auf Nachfrage. Dabei können wir effektiv bundesweite Werbung für emanzipatorische Projekte machen.

Durch diese direkten Zusammentreffen unseres Kollektiv-Betriebs mit den Politgruppen nehmen wir sicher eine andere Rolle als andere selbstverwaltete Betriebe ein. Vernetzung und Zusammenarbeit, das Entwickeln anarchistischer Praxis im Alltag – und dazu gehört auch das Sichern der überlebenswichtigen Ressourcen – sind aus unserer Sicht wichtige Ansätze, um eine ernsthafte anarchistische Perspektive zu entwickeln.

Ihr produziert ja einige eurer Artikel selbst, wie etwa manche Aufklebermotive. Eines hat jüngst die örtlichen Strafverfolgungsbehörden verärgert, was ist da passiert?

Es gab ein Aufklebermotiv, auf dem ein stilisiertes Polizeiauto mit Flamme abgebildet war, darüber der Spruch „Burn a Car!“ ... bundesweit kam es daraufhin

zu Ermittlungen, die alle an den Staatsschutz Flensburg abgegeben wurden. Dieser hatte sich dann extra einen Monat Zeit gelassen, um an demselben Tag, an dem N. eh einen Prozess hatte, nochmal morgens eine Hausdurchsuchung in seinen Privaträumen im Hausprojekt „Senffabrik“ durchzuführen. Dabei wurden 18 Aufkleber gefunden... nach einem Jahr bekam N. dann einen Strafbefehl über 50 Tagessätze, nach eingelegetem Widerspruch sollte es zum Prozess kommen, der dann aber schlussendlich nicht stattfand. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen Auflage eingestellt. Die gesamte Story kann mensch auf they-fall.blogspot.eu nachlesen.

Hattet ihr ansonsten schon mal Probleme wegen anderer Motive oder eurer generellen Arbeit?

Bislang noch nicht. Ab und an schreibt uns mal ein empörter Aktivbürger, dass wir unsere Aufkleber wieder entfernen sollen... oder die Dorfpolizei xy bittet uns um Mithilfe, da im Rahmen einer Ermittlung Aufkleber aus unserem Sortiment aufgetaucht sind... also eher aus der unterhaltsamen Kategorie.

Anfeindungen kamen sonst auch eher selten. Das ein oder andere Mal wurden wir als „Antideutsche“, „Antisemiten“ oder „Punkverräter“ identifiziert... aber auch das ist recht gehaltloses, unterhaltsames Wirrwarr.

**Erzählt doch zum Schluss noch ein paar Sätze zu eurem „Firmensitz“. Wie lebt es sich in Flensburg, wie ist die anarchistische Szene vor Ort?**

Wir leben beide im Hausprojekt „Senffabrik“ – ein schönes Haus mit lieben Menschen, Platz für Konzerte, kollektives Essen und vieles mehr ... so lässt es sich ziemlich schön leben. Dazu gibt's dann in Flensburg noch den Infoladen, zwei Wagenplätze, das Haus- und Kulturprojekt Hafermarkt und noch einige „alternative“ Läden. Für eine Kleinstadt ist also ein bisschen was geboten.

Die anarchistische / linksradikale Szene ist mal mehr mal weniger aktiv, meist ohne feste Strukturen. Eine FAU Ortsgruppe gibt's noch – und subkulturell passiert immer mal wieder was.

Homepage:

[black-mosquito.org](http://black-mosquito.org)

E-Mail:

[info@black-mosquito.org](mailto:info@black-mosquito.org)

Kontakt





# Kurz und Knapp

## Kurzvorstellung des „Antinationalen Bündnisses“ aus Bayern



Das Bündnis wurde 2012 als Reaktion auf die Einheitsfeierlichkeiten in München gegründet und definiert sich als undogmatisch emanzipatorisch. Wir möchten damit eine kritische Linke stärken, welche reflektiert und nicht in überholten Denkschemen oder Theorien stecken geblieben ist.

Ebenfalls ist es uns wichtig, ein Bündnis sowohl für Gruppen als auch Einzelpersonen zu schaffen. Das Bündnis möchte sich darüber hinaus bei der Vernetzung regional nicht beschränken. Wir lehnen hierarchische Strukturen und Mackertum im Bündnis ab. Uns ist wichtig, in unserer Arbeit Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Unsere Arbeit ist auch die

Dekonstruktion jeglicher Herrschafts- und Machtverhältnisse.

Unser Ziel ist es, durch das Bündnis eine bessere Vernetzung von Einzelpersonen und Gruppen zu schaffen und somit die Zusammenarbeit untereinander zu stärken. Dies soll das Mobilisierungspotential der einzelnen Zusammenhänge steigern.

Das Antinationale Bündnis mobilisiert zur Demonstration am 03.10.2012 in München. Den dazu eigens verfassten Aufruf findet ihr auf unserer Homepage unter: [annab.blogspot.de](http://annab.blogspot.de)

Bei Fragen, Anregungen und Ähnlichem erreicht ihr uns unter folgender Mailadresse: [anb-info \[ät\] riseup.net](mailto:anb-info[at]riseup.net)

## Stellungnahme des Anarchistischen Vernetzungstreffens für Ostwestfalen-Lippe (A-Treffen OWL) zur Kampagne „umFAIRteilen“



Beim A-Treffen am 22.09. wurde auch die von attac, campact und anderen Gruppen organisierte Kampagne „umFAIRteilen“, die für eine höhere Besteuerung großer Vermögen eintritt, diskutiert. Dabei wurde folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Die Zielsetzung der Kampagne (höhere Steuern) trägt nichts dazu bei, das grundlegende Problem unserer Gesellschaft zu überwinden:

Der Kapitalismus ist nicht der Patient, sondern die Krankheit! Die geforderte „Umverteilung von oben nach unten“ wäre lediglich ein weiteres Herumdoktern an den Symptomen dieser Krankheit.

2. An der Kampagne beteiligen sich mit den DGB-Gewerkschaften, der SPD und den Grünen auch Parteien und Organisationen, die maßgeblich an der Verschärfung der sozialen Ungleichheit in den letzten Jahren,

z.B. durch die Hartz-Reformen, beteiligt waren. Die Annahme, dass diese Gruppierungen plötzlich an einer Verringerung sozialer Ungleichheit interessiert sind, kann nur als naiv betrachtet werden.

3. Das der Kampagne zugrunde liegende Politikverständnis ist ein aristokratisches, bei dem die Kampagne in der Rolle des Bittstellers auftritt, der untertänigst Bitten an den Staat formuliert. Das A-Treffen steht hingegen für basisdemokratische Selbstorganisation von unten sowie für Menschen, die Forderungen selbstbewusst formulieren und in direkter Aktion selbstbestimmt durchsetzen.

Aus diesen Gründen lehnt es das A-Treffen OWL ab, sich an der Kampagne zu beteiligen, und rät auch anderen Gruppen von einer Beteiligung ab.

Bielefeld, den 22.09.2012



# Licht und Schatten

## Gedanken eines Berliner Nachbereitungstreffens zum anarchistischen Welttreffen in St.Imier



*Vorwort der Redaktion: Am 24. September fand in Berlin ein Nachbereitungstreffen des anarchistischen Welttreffens im schweizerischen St.Imier statt, welches allen Teilnehmer\*innen Raum bieten sollte, um gemeinsam ein Resümee zu ziehen. Das folgende, ausführlichere, Protokoll erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.*

Die Bewertung des Treffens in St.Imier fiel unter den Teilnehmer\*innen gemischt aus, jedoch überwogen positive Fazite, die jedoch teils verschiedene Begründungen hatten. Dennoch war klar, dass viele Dinge nicht funktioniert haben.



### Was positiv bemerkt wurde:

- Super viele Menschen mit verschiedensten Hintergründen, die sich ohne das Treffen womöglich niemals real begegnet wären. Daraus ergaben sich viele interessante Gespräche, Diskussionen und Kontakte.
- Generell war der informelle Teil für viele der positivste Aspekt des Treffens.
- Das schöne Wetter verlieh dem Treffen eine gute Portion „Urlaubsfeeling“.
- Die Voküs waren klasse organisiert und super lecker.
- Die Buchmesse war gut organisiert, reichhaltig bestückt und ein Ort an dem viel Kennenlernen und Austausch stattfand.
- Die Selbstorganisation, gerade in Bereichen wo

die „offizielle“ Orga-Struktur versagt hat, war für einige sehr motivierend, bspw. bei der improvisierten Awareness Struktur oder einigen Vernetzungstreffen.

- Das Programm war gut und ausgewogen geplant, (Einführendes, Geschichte, aktuelle Kämpfe, Antifa etc.) konnte in der Praxis durch verschiedene Probleme leider nicht halten, was es versprach
- die Toiletten waren sauber. :)



### Kritik gab es an folgenden Punkten:

- es gab weder tägliche Gesamt- bzw. Deliplenas, noch besetzte Infopunkte oder sonstige Ansprechstellen für Fragen, Anregungen oder Kritik. Dadurch entstand ein Gefühl der Intransparenz, der hierarchischen Organisation des Treffens und teilweise ein Gefühl der Hilflosigkeit bei konkreten Problemen oder Kritik.
- Einzelne Personen, die „etwas zu melden hatten“ waren sehr autoritär und teilweise rüde und unfreundlich, bspw. Bei Fragen nach spontanen Raumänderungen bzw. Wünschen danach, Dynamiken während (Podiums-) Diskussionen und wenn mensch generell etwas wollte.
- Einige der Referent\*innen oder Sprecher\*innen übten sich in Selbstbeweihräucherung ihrer Person, Organisation oder ideologischer Ausrichtung.
- Generell wurde die Auswahl der Sprecher\*innen kritisiert, besonders im Hinblick auf ihrer genderbezogene Zusammensetzung, aber auch dahingehend, dass die meisten von „großen Organisationen“ waren.



- Die Form der Podiumsdiskussion fanden einige befremdlich und in konkreten Fällen wenig befriedigend, da immer nur eine Hand voll Menschen sprechen konnte und eine wirkliche Diskussion mit vielen Beteiligten entweder nicht zustande kam, oder sogar offen verhindert wurde.
- Dies trifft auch auf die meist überfüllten Räume und das generelle Konzept von „Großveranstaltungen“ zu, durch die sich nur sehr schwer wirkliche Diskussionen entwickeln konnten.
- Die Sprachbarriere und besonders der Umgang damit machten es teilweise unmöglich Veranstaltungen zu besuchen, da diese oft nur auf Französisch waren oder die Diskussionen im Anschluss auf Französisch (bzw. der dominierenden Sprache) geführt wurden.
- Die Programme waren meist veraltet, da permanent Veranstaltungen ausfielen, verschoben wurden oder woanders als angegeben stattfanden. Dazu waren die Programme auf Deutsch schnell vergriffen und wurden ab einem gewissen Zeitpunkt auch nicht mehr nachkopierte.
- Der Großteil des Treffens war nicht barrierefrei, was darüber hinaus auch äußerst unzureichend kommuniziert worden war.
- Zu viele Veranstaltungen und Beiträge bezogen sich auf historische Themen, besonders auf Bakunin und die Antiautoritäre Internationale.
- Die IFA erschien durch mangelnde Transparenz und Kommunikation nach außen bei großen Teilen der Teilnehmer\*innen als alleinige Organisatorin. Ebenfalls wurde nicht klar, dass der IFA-Kongress unabhängig vom restlichen Welttreffen stattfand und wieso dort nur IFA-Mitglieder teilnehmen konnten. Neben der fehlenden Vermittlung wurden einzelne Personen auf autoritäre und grobe Art am Betreten des Kongresses gehindert, ohne die Gründe dafür zu nennen, was den genannten Eindruck noch verstärkte.
- Es gab keine eingeplanten Räumlichkeiten und Zeiträume für Open Space, sodass viel improvisiert und bspw. Draußen stattfinden musste.
- Der Umgang der Orga-Strukturen im Vorfeld und während des Treffens im Bezug auf Awareness und Safer Spaces war unterirdisch. Es gab keine Unterstützung im Vorfeld, vor Ort wurde mühsam abgeschwatzte Infrastruktur kurzfristig andersweitig genutzt und auch ansonsten gab es keinen Support seitens „offizieller“ Stellen.
- Ebenfalls unterirdisch war der Umgang mit Helfer\*innen. Die versprochenen kostenlosen Schlafmöglichkeiten wurden viel zu spät bereitgestellt und anstatt eines gemeinsamen Helfer\*innentreffens wurden die Aufgaben einfach via Listen zugeteilt, was einige Menschen dazu veranlasste ihre Schichten nicht anzutreten.
- Alleine der Versuch eine gemeinsame Abschlussresolution zu verfassen wurde kritisiert. Selbst wenn eine solche zustanden gekommen wäre, hätte sie – ihrer Außenwahrnehmung zum Trotz – nur die „großen Organisationen“ repräsentiert, da diese allein die Möglichkeit zur Beteiligung hatten.
- Die Teilnahme der OSL (Organisation Socialiste Libertaire) am Orgakomitee und allgemein am Treffen wurde kritisiert, da sie und besonders ihre „charismatische“ Führungsfigur – die Person die getortet wurde – in der Vergangenheit und während des Treffens mit einer Vielzahl von – der Einfachheit halber – unanarchistischem Verhalten bestochen haben.



**Graswurzelrevolution Nr. 372, Okt.:** Der Krieg in den Städten – Syrien am Abgrund; Repression gegen S21-GegnerInnen; Japans Anti-Atomkraft-Bewegung wächst; Freiheit für Assange & Manning!; Libertäre Buchseiten,...  
Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei:  
**GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim,**  
abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -35, www.graswurzel.net





- Da scheinbar sehr viele Menschen aus Berlin vor Ort waren, war es schade das niemand an ein spontanes „Berliner\*innen(vernetzungs-)treffen“ gedacht hat, wie es etwa für den süddeutsch-schweizerisch-österreichischen Raum geschehen ist.



Der Inhalt wäre mit Sicherheit interessant. Umfragebox in St.Imier.

Trotz der Vielzahl an Kritikpunkten hoben einige den Aufwand und Komplexität hervor, den die Organisation eines solchen Treffens in dieser Größe bedeutet und äußerten bis zu einem gewissen Grad Verständnis für das – offensichtlich – überforderte Orgakomitee.

**Neben einer reinen Aufzählung von positiven und negativen Punkten, wurden auch einige konkrete Verbesserungsvorschläge für zukünftige Treffen dieser Art zumindest angerissen:**

- Die Orgastruktur muss transparenter und ansprechbarer sein, etwa durch einfach auffindbare, wirklich besetzte und informierte Infopunkte, mit entsprechender Struktur dahinter.
- Es muss ein Raum bereitgestellt werden, in dem generelle Probleme, Fragen und Anregungen diskutiert werden können und gleichzeitig so viele Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme und Partizipation besitzen wie möglich. Dazu würden sich tägliche „Orga-Plenas“, die offen für alle sind anbieten, bzw. bei Treffen dieser Größe eher Deligierten-Plenas. So ein Werkzeug könnte auch viel mehr Menschen zum selbstständigen Mitmachen und Einbringen bewegen.

- Die Veranstaltungen / Diskussionen sollten – zumindestens teilweise – verkleinert werden, damit wirkliche Diskussionen entstehen können bzw. schon darauf ausgelegt sein. Beispielsweise nicht in Podiumsform, oder mit einem Handout anstatt eines langen, verbalen Inputs. Letzteres könnte auch der Übersetzungsproblematik entgegenwirken, da der Input direkt in mehreren Sprachen verteilt werden kann.

- Am Sprachproblem muss allgemein dringend gearbeitet werden, angefangen mit einer besseren Kommunikation darüber auf welche Sprache, welche Veranstaltung ist; bis hin zu einem pragmatischeren Umgang. Wenn bspw. deutlich wird, dass unter den Teilnehmer\*innen einer Veranstaltung extreme Sprachbarrieren herrschen und auch keine angemessene Übersetzung geleistet werden kann, wäre es zu

überlegen die Diskussion bewusst nach den einzelnen Sprachfertigkeiten aufzuteilen und nicht zwanghaft zu versuchen, des internationalen Charakters des Anarchismus wegen Menschen zur Diskussion zu bewegen, die sich einfach nicht verstehen. Das schürt nur Unzufriedenheit und Frustration bei denen, deren Sprachfähigkeiten in dem Moment zufällig in der Minderheit sind.

- Es sollte schon ein Rahmenprogramm geben, dieses sollte jedoch nicht jegliche Infrastruktur und Zeit schon im Vorfeld in Anspruch nehmen. Es muss bereits in der Planung genügend Raum und Zeit für spontane, selbstorganisierte Veranstaltungen, Treffen, Workshops oder Vernetzungen eingeplant und vor Ort auch flexibler gehandhabt werden.
- Awareness-Konzept(e) und Safer Spaces müssen schon in der Planung berücksichtigt, vorbereitet und kommuniziert werden. All das nützt wenig, wenn nur wenige wissen das so etwas existiert und noch weniger sich mit der Idee und dem Konzept dahinter beschäftigt haben und diese aktiv oder passiv unterstützen.



# We haven't even started yet

*Zum Stand der antikapitalistischen Proteste im Sommer 2012*

★ ...UmsGanze! - Bündnis

Bis zum Frühjahr war fast alles wie immer. Während in Griechenland und Spanien die Leute massenhaft auf die Straße gingen und gegen das größte Verarmungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg demonstrierten, hetzte die Bild-Zeitung hierzulande gegen die »Pleite-Griechen«. Die Bundeskanzlerin verlangte »Durchgriffsrechte« auf Haushalte fremder Staaten und der deutsche Außenminister forderte die griechische Regierung auf, »ihre Hausaufgaben zu machen«. Dieser neu in Stellung gebrachte deutsche Chauvinismus wurde flankiert vom hiesigen Pakt zwischen Kapital und Arbeit. Angeführt wurde dieser vom rechten Flügel der Sozialdemokratie, denen selbst in der Opposition der Vormarsch gegen die vermeintlichen südeuropäischen Leistungsverweigerer kaum schnell genug gehen kann, und einem Gewerkschaftslager, dessen Solidaritätsbekundungen allzu oft an der Landesgrenze enden. – Der europaweite Aktionstag »M31« Ende März und die Blockupy-Proteste in Frankfurt Mitte Mai setzten dem ein deutliches Signal des Protestes entgegen. M31 und Blockupy wendeten sich gegen die Krisenpolitik der deutschen Regierung und der Europäischen Zentralbank und wiesen darauf hin, dass die gegenwärtigen Finanz- und Staatskrisen ebensowenig wie die neoliberale Verelendungspolitik unabänderbare Naturphänomene sind, sondern vielmehr Teil des kapitalistischen Exzesses, der für die Mehrheit der Menschen immer schon eine Krise in Permanenz gewesen ist. Einige Tausend Menschen sind im Zuge von M31 und Blockupy auf die Straße gegangen: für eine bessere, eine solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. So unterschiedlich die beiden Ereignisse auch waren, sie könnten der Beginn eines neuen politischen Aufbruchs, einer umfassenden Repolitisierung der Krise und der Krisenerfahrung gewesen sein.

Sicherlich, von einer Gegenhegemonie vernünftiger Kapitalismuskritik sind wir noch weit entfernt. Stattdessen wird immer noch allzu oft gegen Banker und Bonzen und die Gier der Finanzmärkte gepöbelt. Auch vor diesem Hintergrund waren M31 und Blockupy unterschiedliche Antworten auf die Frage nach emanzipatorischen Perspektiven jenseits von Staat, Nation

und Kapital. M31, einerseits, war konzipiert als ein europaweiter, dezentral organisierter Aktionstag, mit einer klaren antikapitalistischen Agenda, in Frankfurt in Form einer Demonstration. M31 stellte den Versuch dar, die von Deutschland dominierte europäische Krisenpolitik im Zeichen von Austeritätspolitik und längst abgehalfterten neoliberalen Ordnungsvorstellungen zu skandalisieren. Unser wichtigstes Ziel als ... ums Ganze!-Bündnis war es, eine antikapitalistische und antinationale Kritik in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen sowie unsere Solidarität mit den von der Krisenpolitik betroffenen Menschen in Griechenland zu bekunden. Das hat funktioniert. In der Vorbereitung auf den Aktionstag verständigten wir uns, zusammen mit dem Krisenbündnis Frankfurt und der FAU, frühzeitig auf fünf common goals, die von allen Gruppen geteilt werden sollten: Die Proteste sollten einen antikapitalistischen, antinationalen, antitayloristischen, selbstorganisierten und spektrenübergreifenden Charakter haben. Unser zweiter Anspruch war, die nationale Beschränktheit der Krisenproteste zu überwinden. Dies ist ein Prozess, momentan immer noch mehr eine Idee, für die wir und andere erst noch Strukturen und Aktionsformen entwickeln müssen. Es ging uns jedoch darum, einen Anfang zu machen, uns mit Aktivist\*innen aus anderen Ländern zu vernetzen, mit denen wir grundsätzliche Ziele und Aktionsformen teilen können. Damit wendeten wir uns insbesondere gegen die deutsche Regierung, die sich zum Zuchtmeister der Europäischen Union aufschwingt, und gegen die Europäische Zentralbank als technokratische Hüterin der Geldwertstabilität, die eine Politik verkörpert, die die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des europäischen Kapitalismus auf Kosten der Arbeitenden und Arbeitslosen Europas betreibt. Womit wir nicht gerechnet haben, war der erfreuliche Zuspruch zu diesem Aktionstag. In der Bundesrepublik haben viele kleine und größere Gruppen, von Flensburg bis München, zu den Protesten aufgerufen.

In über dreißig europäischen Städten haben sich im Rahmen von M31 Leute an Kundgebungen, Aktionen und Demonstrationen beteiligt, unter anderem in Athen, Mailand, Kiew, Utrecht, Zagreb, Wien, in vielen spanischen Städten und sogar auch in New York und Mexiko Stadt. Einige davon waren nur symboli-



sche Aktionen, es ging aber darum, einen politischen Bezugspunkt in der Krise zu schaffen. Ganz offensichtlich gibt es nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Umverteilung von oben das Bedürfnis, eine grundsätzliche Kritik am Kapitalismus vorzubringen, jenseits der etablierten staatlichen Repräsentationsformen. Auch aus diesen Gründen bewerteten wir M31 als Erfolg, der sich nicht an der Zahl zerstörter Fensterscheiben bemessen lassen musste, auch wenn die Medien, die sich genau auf die Bilder einer Black-Block-Demonstration gestürzt haben, das gerne so

nicht mehr dagewesenes politisches Bedrohungsszenario herbeiphantasierten.

Mitte Mai dann: Blockupy. Nachdem die Presse das Thema erfolgreich hochgeschrieben hatte, entschied sich die Stadt Frankfurt zusammen mit der hessischen Landesregierung dafür, alle Veranstaltungen zu verbieten. Mehrere Tausend Polizist|innen wurden in die Stadt beordert, jeglicher Protest kriminalisiert, in der Presse häufig mit Verweis auf die M31-»Ausschreitungen«. Wie es im Konfliktfall um die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik bestellt ist,

verdeutlichten dann die zuständigen Gerichte in ihrer Verbotsverfügung: Blockupy sei zu verbieten, da die Proteste einen Eingriff in das »Grundrecht« auf Eigentum darstellen würden, insbesondere das der innenstädtischen Banken und Händler, deren Geschäfte durch die geplante Metropolenbesetzung in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Im Gegensatz zu M31 war Blockupy keine dezidiert antikapitalistische Protestform. Das Blockupy-Bündnis, darunter insbesondere die Interventionistische Linke, wendete sich an alle, die gegen das Spardiktat von IWF und Troika protestieren wollten. Blockupy hatte zudem das Ziel, bewusst das linke Parteien- und Gewerkschaftsspektrum anzusprechen, setzte insgesamt auf Massenmobilisierung und Massenwirksamkeit und mit

dem Frankfurter Bankenviertel zudem auf einen zentralen Ort des Protestes. Als ...ums-Ganze-Bündnis beteiligten wir uns an den Protesten mit einem barrio anticapitalista, mit Zeitungen, Flyern und Workshops zu Sozialchauvinismus, internationalem Antinationalismus und dem Elend des Linksreformismus. Davon klappte aufgrund von Anwendung unmittelbaren Zwangs nur die Hälfte, war aber als Intervention in eine grundsätzlich sinnvolle Unternehmung gedacht.

Blockupy hatte, so die Ausgangsüberlegung des Vorbereitungsbündnisses, eine Art antikapitalistisches Wendland in Frankfurt werden sollen. Der deutsche Staat jedoch reagierte extrem unlocker. Schon Wochen vor der angekündigten Blockade des Bankenviertels nahmen die Reaktionen in Presse und Politik immer schrillere Züge an. Sie zeigten, dass Blockupy wie schon zuvor M31 einen Nerv getroffen hatte. Dass die Regierenden in Frankfurt keine Sekunde zögerten, den liberalen Anspruch der selbsterklärten Bürgerstadt einer polizeistaatlichen Antwort zu opfern, war



Gewünschtes Ziel knapp verfehlt (Bild: Fotomontage von Ökolinx)

gehabt hätten. Zumindest dürfte es in der Bundesrepublik das erste Mal seit sehr langer Zeit gewesen sein, dass es gelungen ist, ein Anliegen mit dezidiert antikapitalistischer Agenda in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Das Verhalten von Presse und etablierter Politik nach M31 war in diesem Zusammenhang selbst an den eigenen bürgerlichen Ansprüchen gemessen verlogen und zynisch: Während die deutsch-europäische Krisenpolitik halb Südeuropa sozial verwüstet, in Griechenland und Spanien immer mehr Menschen sterben, weil sie oder der Staat ihre Gesundheitsversorgung nicht mehr bezahlen können, wurde die Frankfurter M31-Demonstration als entfesselte Randalie dargestellt, obwohl doch nur ein paar symbolträchtige Scheiben zu Bruch gingen: beim Jobcenter, einer Leiharbeitsfirma, der Ausländerbehörde, der Polizei und bei einem Brautmodenladen. Mit dem Näherrücken der Blockupy-Proteste sechs Wochen später führte das dazu, dass Staat und Medien ein in Frankfurt seit Jahrzehnten





daher zwar ein Skandal, der gleichwohl nicht überraschend kam. Ruhe und Ordnung um jeden Preis, und koste es die Grundrechte – das ist die Linie autoritä-



Ähnliche Ziele, verschiedene Ansätze: Blockupy...

rer Krisenpolitik, jetzt auch in Deutschland. Es greift zu kurz, die Reaktionen der Politik auf Blockupy als »überzogen« zu bezeichnen. Der Liberalismus hatte immer schon den autoritären Staat in der Hinterhand, und der hat sich in Frankfurt vorgestellt. Blockupy war für die Politik eine Vorbereitung auf offensivere Krisenproteste, eine Übung für den Ausnahmezustand. Auch aus diesem Grund waren die Proteste ein Erfolg: Sie haben für einen kurzen Moment eine reale und nicht mehr nur symbolische Konfliktlinie deutlich gemacht zwischen denen, die an den herrschenden Verhältnissen festhalten, und denen, die etwas Besseres wollen.

Ideologiekritisch gesehen ist dabei durchaus interessant, auf welche Weise die Organe des deutschen Krisennationalismus in Frankfurt agiert haben. In einer mit Griechenland oder Spanien verglichen relativ entspannten Situation reagierten die Staatsapparate paranoid: Dazu gehörten die 500 ausgesprochenen Stadtverbote im Vorfeld als auch die 1500 Ingewahrsamnahmen an den Aktionstagen. Weiterhin ist bemerkenswert, dass die hessische Politik nicht nur versucht hat, ein Verbot selbst der Demonstration am Samstag durchzusetzen, sondern dass die sonst eher liberalen deutschen Gerichte über Instanzen hinweg bereit waren, der Bedrohungsargumentation der Stadt unter Verweis auf die Schutzbedürftigkeit des bürgerlichen Eigentums zu folgen. Politik und Gerichte befürchteten zusammen mit den Banken und dem Einzelhandel tatsächlich um eine Einschränkung der Frankfurter Geschäftsfähigkeit. Die Banken verlagerten Abteilungen in den Taunus und gaben ihren Angestellten frei aus Angst um deren Leib und Leben. Bereitwillig spielten die Medi-

en dieses Angstspiel mit und ließen die antikapitalistischen Aktivist|innen mehr und mehr als im Grunde hackebeilchenschwingende Unholde erscheinen, die hemmungslos Jagd auf Anzugträger machen würden, wenn man sie nur in die Stadt ließe. Das war einerseits absurd, machte aber deutlich, dass alle grundsätzlicheren Erörterungsversuche der deutschen Standortpolitik hierzulande immer noch als etwas Abwegiges erscheinen, Gegenstand nicht der Politik, sondern der Polizei.

Eben die ließ sich in der Blockupy-Woche nicht zweimal bitten und verwandelte Frankfurt in eine Festung. Dass sämtliche Stadtverbote und ein Großteil der Ingewahrsamnahmen von den Gerichten später kassiert wurden, änderte an der repressiven Wirkung des uniformierten Aufgebots nichts, auch weil die Polizei munter weiter Demonstrant|innen festsetzte. Dennoch setzten sich hunderte Menschen immer wieder über die Aufenthalts- und Demonstrationsverbote hinweg, viele Protestaktionen fanden trotz des massenhaften Polizeiaufgebots statt. Die mehrtägigen Proteste und die massive Repression polarisierten immerhin auch die Stadtgesellschaft. Hatte etwa die liberale Frankfurter Rundschau noch vor den Protesten in das Horn der Polizeistrategen geblasen, änderte sich die Berichterstattung vor dem Hintergrund eines wachsenden Un-



... und die M31-Demonstration in Frankfurt am Main.

behagens in Teilen der Öffentlichkeit über das Leben in einer Hochsicherheitszone hin zu einer deutlichen, aber gleichwohl bürgerlichen Kritik der Polizeistrategie. Trotz alledem waren es insgesamt noch viel zu wenige Menschen, die sich an den Blockaden beteiligten, und aus der vom Blockupy-Bündnis angekündigten Blockade der EZB wurde mangels kritischer Masse nur insofern etwas, als die Polizei das Bankenviertel

schließlich erfolgreich selbst blockierte.  
An der Demonstration am Samstag nahmen dann über 30.000 Menschen teil, so viele wie schon lang nicht



Antikapitalistischer Block auf der Großdemonstration der Blockupy-Aktionstage

mehr auf einer politischen Demonstration abseits der rituellen Jahrestage wie dem ersten Mai. Neben den üblichen linksreformistischen Verkürzungen von Attac-, Gewerkschafts- und Linkspartei-Redner|innen war auch personalisierende Kritik an »Bankern und Bonzen«, an der vermeintlichen »Gier« der »1%« und der »Finanzoligarchen« etc. zu finden. Ein paar antisemitische Deppen hatten sich sogar Boykottaufrufe gegen Israel auf den Bauch gemalt. Problematisch war auch die (Selbst-)Einengung auf die Grundrechte- und Demokratiefrage angesichts der Kriminalisierungsversuche bei einem Teil der Organisator|innen und der Demonstrationsteilnehmer|innen. Einigen von ihnen schien am Ende schon zu genügen, dass die Demonstration von Staates Gnaden überhaupt stattfinden konnte. Dennoch: All diese Positionen prägten gerade nicht die Demo als Ganze. Vielmehr stand die Kritik an der neoliberalen Krisenpolitik und den Austeritätsprogrammen im Vordergrund, ein Großteil der Demonstrant|innen bekundete Solidarität mit den Betroffenen der Krise und erteilte der Standortkonkurrenz eine deutliche Absage.

Über 5000 Menschen demonstrierten zudem in einem schwarz-bunten und dezidiert antikapitalistischen Block, der spektrenübergreifend von der Interventionistischen Linken und von ...ums Ganze! organisiert wurde und deren Teilnehmer|innen dem martialischen Bullenaufgebot mit guter Stimmung entgegneten; ein positives Zeichen, auch für weitere gemeinsame Projekte. Es ist dabei insgesamt das Verdienst von M31 und von Blockupy, den politischen Charakter der Kri-

se auf die Agenda gesetzt zu haben. Genau hier müssen wir in Zukunft anknüpfen.

Was zum jetzigen Zeitpunkt der Krise ansteht, ist eine grenzübergreifende Vernetzung der Proteste, und zwar von unten. Der kleinteiligen Struktur der Gruppen sollten wir dabei offensiv begegnen. Hier, in der Bundesrepublik, wollen wir stärker als früher ins Gespräch kommen mit all jenen Gruppen, die die M31- und Blockupy-Proteste unterstützt haben und die für eine radikale Kapitalismuskritik offen sind. M31 hat gezeigt, dass wir in kurzer Zeit komplexe Bündnisse aufbauen können, und wir werden daran in Zukunft weiterarbeiten. Die Vernetzung zwischen verschiede-

nen Gruppen und Regionen ist uns in der nächsten Zeit besonders wichtig; das Ziel wäre nicht zuletzt die rasche Koordination auf überregionaler und internationaler Ebene. Gemeinsamen, auch internationalen Projekten sehen wir daher mit Freude entgegen, kommen gerne zu Events in Deutschland und anderen Ländern vorbei und sind an Diskussionen interessiert, vor Ort, bei Euch und bei uns. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die derzeitige Krisenpolitik und -deutung nachhaltig zu delegitimieren und gemeinsam mit Betroffenen hier und in anderen Ländern so etwas wie eine soziale und intellektuelle Gegenmacht zu entwickeln. Wir sind nicht großwahnsinnig geworden, der Anspruch ergibt sich aus der kaum lösbaren Zwickmühle des Kapitalismus selbst. Unsere umfassende Kritik an den Verhältnissen wird sich zudem in Zukunft stärker im Handgemenge beweisen müssen. Schon klar, dass es bislang an greifbaren Alternativen zum Kapitalismus mangelt. Aber die fallen nicht vom Himmel, sie entstehen im politischen Prozess.

*Homepage:*

[umsganze.org](http://umsganze.org)

*E-Mail:*

[redaktion@umsganze.org](mailto:redaktion@umsganze.org)

**Kontakt**



# Kritik der Profiteure statt Kapitalismuskritik

*Empörte, Occupy, Banken in die Schranken*

★ *Junge Linke gegen Nation und Kapital*

Eine Reihe von Protesten hat sich im letzten Jahr ereignet. In Spanien und Frankreich haben sich „die Empörten“ aufgestellt, in New York, Frankfurt und anderswo Anhänger\*innen der Occupy-Bewegung Finanzplätze besetzt.

Occupy-Mitstreiter\*innen betonen, dass Occupy eine für alle offene Bewegung sei, die sich auf kein bestimmtes Programm festlegen lasse, weshalb Einzelne aus ihr auch nicht für die Gesamtbewegung sprechen könnten. Deshalb meinen manche, dass man nicht über „die“ Occupy-Bewegung reden könne. Andererseits gibt es gemeinsame Manifeste oder Leute, die sich als Anhänger\*innen öffentlich äußern und Demoplakate mit konkreten Inhalten. In der vorgetragenen Kritik sind uns Gemeinsamkeiten aufgefallen, die wir thematisieren wollen. Dass es auch andere gibt, ist sicherlich der Fall und stört uns auch gar nicht weiter, schließlich wollen wir nur die Standpunkte kritisieren, an denen uns Mängel aufgefallen sind und die verbreitet sind, nicht einfach „alle“. Ferner gehen wir im Text auf verschiedene Krisenproteste ein – also auch auf andere als Occupy-Bewegte – weil uns bei den verschiedenen Protesten Ähnlichkeiten in der Kritik, die sie formulieren, aufgefallen sind.

Weiter unten wird im Text noch einmal auf die generelle Idee einer offenen Bewegung, die für kein bestimmtes Interesse streiten will, eingegangen werden. Zum M31 haben antikapitalistische Gruppen mobilisiert. Teile dieser Gruppen haben auch zum Blockupy-Wochenende in Frankfurt mobilisiert. Die folgenden Kritiken sind nicht auf diese Gruppen bezogen. Andere Gruppen, die ebenfalls beim Blockupy-Wochenende mitgemacht haben, trifft die Kritik bestimmt.

Das Leben im krisengeschüttelten Kapitalismus bietet genügend Gründe für Unzufriedenheit, weshalb es auch nötig und verständlich ist, nach Gründen dafür zu suchen. Die in den Krisenprotesten vorgeschlagene Analyse halten wir für fehlerhaft und bezweifeln, dass hier die wirklichen Gründe für Armut, Job- und Wohnungsverlust entdeckt werden, so dass der Unzu-

friedenheit ein Ende gemacht werden kann.

In den Augen der Protestierenden ist die Gesellschaft gespalten in die große Mehrheit, die „hart arbeitet“ und ihren Beitrag zur Gemeinschaft leistet, während einige Wenige auf Kosten von ihr leben. Ihnen wird nachgesagt, den „Profit über den Menschen zu stellen“ und dabei alle anderen zu schädigen. Die ganze Gesellschaft scheint einen falschen Weg eingeschlagen zu haben: „Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf den Wohlstand der Gesellschaft zu achten.“ (Manifest M15)

Dagegen wird sich stark gemacht: „Wir sind die 99%! „Als ein Volk vereint“ prangern die Protestierenden verschiedene Zustände an: von der illegalen Zwangsräumung über rassistische oder sexistische Diskriminierung am Arbeitsplatz bis zu durch Fahrlässigkeit verseuchte Lebensmittel. Allein an dem, woran sich gestört wird, ist etwas auffällig: Das illegal an der Zwangsräumung stört, der legale Rauswurf aus der Bleibe wegen Geldmangels geht also anscheinend in Ordnung! Unerlaubte Diskriminierung – eben nach „Rasse“ oder Geschlecht – wird am Arbeitsplatz nicht gut geheißt, der ständige Leistungsvergleich aber, bei dem diejenigen, welche die von Unternehmen geforderte Leistung nicht bringen können, ihre Existenzgrundlage verlieren, gilt nicht als Diskriminierung – diese ist ja auch erlaubt! An vermeintlicher Fahrlässigkeit bei der Lebensmittelproduktion wird sich gestört, also schon einmal fraglos unterstellt, dass der Zweck der Lebensmittelherstellung in Versorgungsleistungen bestünde, so dass Ungenießbares nur leichtsinnigen Fehlern zuzuschreiben sein könne. In der Anprangerung drückt sich also ein grundlegendes Einverständnis mit dieser Gesellschaft und ihren Einrichtungen aus. Sofern ihre Praxen dem Recht entsprechen, ist an ihnen nichts zu kritisieren. Die Abweichung vom Recht oder dem was sich als eigentlich geboten vorgestellt wird, ist so das eigentlich Beklagenswerte. Eine derartige Kritik fordert nichts anderes als das alles „mit rechten Dingen“ zu gehen soll und kann sich die Ursache von Schädigungen entweder nur als Rechtsbrüche denken oder empfindet sie





eben als gerechtfertigt.

### **Der Kapitalismus als eine Gemeinschaft**

Wenn ein großes Wir ausgemacht wird, auf das „die Kosten“ der Krise abgewälzt würde, wird sich die bestehende Gesellschaft als ein Gemeinschaftswerk vorgestellt. Die Marktwirtschaft ist aber kein Gemeinschaftswerk, sondern eine Gesellschaft von lauter Konkurrent\*innen.

Schüler konkurrieren um bessere Noten und damit den Zugang zu weiterführender Bildung. Als spätere Arbeitnehmer\*innen konkurrieren sie um Jobs, also darum, dass sich ihre Beschäftigung für Unternehmen lohnt. Die Firmen konkurrieren dann gegenseitig mit dem Ertrag aus der Arbeit der Lohnabhängigen um Absatz und Gewinn.

Alle müssen in dieser Gesellschaft ihre Interessen also gegeneinander verfolgen, weil ihre Interessen grundlegend vom Verfügen über Geld abhängig gemacht sind. Was heißt das?

Kein Wohn- oder Nahrungsbedürfnis wird befriedigt, wenn es nicht zahlungsfähig ist. Es müssen schon die Interessen der Eigentümer\*innen an diesen Dingen bedient werden. Diese verkaufen ihre Produkte nur, wenn dadurch ihr Vermögen wächst. Dafür brauchen die Leute Geld, das sie sich dann erstmal irgendwo verdienen müssen, weil sie keines haben. Der Großteil der Leute sieht sich damit in der Lage, von dem ganzen nützlichen Reichtum, der hergestellt wird, ausgeschlossen zu sein, weil er anderen als Eigentum gehört. Dafür, dass dieser Ausschluss auch akzeptiert wird, sorgt der Staat mit seinem Recht, welches das Eigentum schützt. Um den Ausschluss zu überwinden, kommt die eigentumslose Mehrheit nicht herum, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen, der ihr nicht wegen ihrer Angewiesenheit auf den Lohn zu Verfügung gestellt wird, sondern dann, wenn sich ihre „Beschäftigung“ für die Unternehmen lohnt. Sofern ihre Arbeit das Eigentum der Unternehmen vermehrt, lohnt sich die Anstellung. Dafür erhalten sie einen Lohn, der dafür sorgt, dass sie für die Arbeit überleben, aber sich niemals ein gutes Leben leisten können. Damit die Eigentumsvermehrung gut klappt, gibt es hier ein Ausbildungswesen, wird der Mittelstand auch mal gefördert, sorgen die Gerichte dafür, dass Verträge einzuhalten sind. Wie gut das mit der kapitalistischen Reichtumsvermehrung insgesamt klappt, lässt sich dann daran ablesen, ob in den Zeitungen steht, „die Wirtschaft“ wächst oder kriselt. Bei dem „Wohlstand der Gesellschaft“ geht es dann nicht um den Reichtum

im Portmonee der Leute, sondern um den der Nation und ihrer Wirtschaft insgesamt. Und um den zu steigern, ist eine Sparrunde bei denen, die eh nur fremden Reichtum mehren, immer gut, weil sie so für „ihre Unternehmen“ billiger werden.

### **Die Gemeinschaft der Anständigen**

An die Unterscheidung von Eigentumslosen und Leuten, die Eigentümer von Arbeitsplätzen, also den Mitteln sind, mit denen sich was Verkaufbares produzieren lässt, ist nicht gedacht, wenn von einem „wir“ Rede ist.

Dieses „wir“ ergibt sich so auch nicht aus der Verfolgung gemeinsamer Anliegen, sondern aus dem Bewusstsein, zu den Anständigen in dieser Gesellschaft zu gehören. Dieses Bewusstsein drückt sich beispielsweise im Manifest der „Empörten“ folgendermaßen aus:

„Wir sind normale Menschen. Wir sind wie du: Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden. Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu bieten.“ (Manifest M15)

Sie werben mit ihrem Beitrag zu der Konkurrenzgesellschaft, die sie sich ideell ja als Gemeinschaft vorstellen. Für die soll jeder seinen Beitrag – an seinem Platz in der Gesellschaft – leisten und dafür auch seinen gerechten Lohn erwarten können. Wenn jeder also beim Geldverdienen bereit, ist für das Ganze etwas zurückzustecken, soll die Gemeinschaft etwas für alle sein. Die Protestierenden wuchern hier mit ihrer Dienstbereitschaft und meinen ausgerechnet diese müsste sich doch irgendwie für sie lohnen. Die gegenteilige Behandlung durch Staat und Kapital empfinden sie deshalb als unverdient, weshalb sie sich auch empören. (Die Empörung speist sich so aus dem Idealismus des lohnenden Verzichts für das Gemeinwesen, in dem sie sich gerne zu Hause fühlen wollen.) Sie halten es nicht für einen Widerspruch, dass sich ausgerechnet Opfer für sie auszahlen sollen. Sie fühlen sich moralisch im Recht gegenüber den „schäbigen“ und „korrupten“ Oberen. Denn umgekehrt weiß man mit dem Standpunkt des eingesehenen Verzichts für das Gemeinwesen, das sich so auch für einen selbst auszahlen soll, woran es liegt, wenn es nicht so für einen läuft: An einigen Wenigen, die dann nur an sich denken. Diese stellen ihr privates Bereicherungsinteresse über die Gemeinschaft und schädigen damit alle. Sie bekommen dann den Vorwurf, „den Profit über den Menschen zu stellen“, weil sie von „Profit-Gier“ getrieben seien.



### People over Profit!

Profit ist so keine ökonomische Kategorie der Differenz von verdientem Geld über das investierte, gibt also nicht mehr das Verhältnis des Überschusses über einen Vorschuss an, sondern eine moralische Entgleisung, eine falsche Stellung zum Profit und die ist dann das Schlimme und nicht der Profit selbst. Profit steht nämlich einfach für ein Übermaß an „Eigennutz statt Gerechtigkeit“ (Manifest Occupy Wallstreet).

Der Gier-Vorwurf entdeckt bei einigen wenigen, dem 1% oder zur Zeit besonders häufig bei den Managern des Bankwesens, dieses Übermaß an persönlichem Bereicherungswillen, der auf Kosten anderer geht, weil er den ganzen Laden ins Kriseln bringt.

Dagegen ist zu fragen: Wo soll denn die „richtige Grenze“ zwischen maßvollem Geschäft und „übermäßigem“ Bereicherungsinteresse beim Profit liegen? Er hat doch



*Gut gemeint ist doch meistens das Gegenteil von gut gemacht. Aktion des „umFAIRteilen“ Bündnisses in Hamburg..*

gar keine. Bei wie viel Milliarden verdienter Euro ist es denn zu viel? Wo soll denn die allgemeinverträgliche Grenze des Gewinns liegen – bei 2 oder 20 % Rendite? Diese Fragen sind nie im Vorhinein objektiv zu beantworten. Im Krisenfall, wenn die Kredite sich nicht in sprudelnde Gewinne umgesetzt haben oder wenn die Staatsverschuldung zu keinem Wachstum geführt hat, will aber jeder auf einmal wissen, dass „zu viel“ gewollt wurde und zu „leichtsinnig“ spekuliert wurde. Das „zu viel“ merkt man aber immer nur hinterher: Wenn das Geschäft nicht aufgegangen ist, sich Schulden nicht als Kapital erwiesen haben. Insofern ist der Vorwurf der Gier eine sehr affirmative Kritik, die einer bestimmten Branche oder ihren Managern Er-

folglosigkeit vorwirft. Für kritikabel wird hierbei also befunden, dass der Laden gerade nicht funktioniert!

Zweitens verlegt der Vorwurf der Gier das Ziel Geldvermehrung, also den Zweck dieses Systems, den sowohl das Bankwesen als auch die „Realwirtschaft“ in echt verfolgen, in die moralische Verkommenheit bestimmter Personen („Bankster“) oder Konzerne. Der Vorwurf nimmt so eine Deutung der Krise vor, indem Schuldige für sie ausgemacht werden. Damit steht im vornherein fest, dass die Krise nur an Einzelnen liegen kann, die sich an eigentlich gute Regeln nicht gehalten haben und durch ihr Fehlverhalten die Krise verursacht haben. So erklärt man sich kritisch einverstanden mit dem System: Einzelne verhindern vor lauter „Eigennutz“ seine tollen Wirkungen. Affirmative Kritik: Jeder soll seinen Job richtig machen. Mit dem Herausfinden von Gründen hat das nichts zu tun,

dafür mit der Gewissheit, dass die Krise nicht notwendig sein müsste, wenn alle nur ihrer Pflicht nachkommen würden. Diese moralische Kritik verlangt dann folgerichtig auch nicht für Geschädigte ein besseres Leben, sondern die Bestrafung der moralischen Abweichter\*innen: „Bankster!“ – „Hang them!“ (Demo-Plakat)

Die Protestierenden der Occupy-Aktionen klagen an, dass die Krise auf dem Rücken der Prekären, Beschäftigten, Rentner – eben der lohnabhängigen Bevölkerung – abgeladen wird. So nach dem Motto: Die Banken oder die Reichen übernehmen die Kosten, die sie verursacht haben, nicht. Stattdessen würde auch noch den Armen qua Steuergeld und Sparprogramm Geld genommen, dass dann die Reichen kriegen würden.

Abgesehen davon, dass die Bankenrettung faktisch schon ganz anders läuft, nämlich über Staatsverschuldung, liegt dem eine falsche Vorstellung über das Wesen des Reichtums im Kapitalismus zugrunde. Hier wird so getan, als läge das Problem lediglich in einer falschen Verteilung des Reichtums, wenn der Reichtum bei Banken (oder Konzernen) statt bei den Leuten landet, die darauf existentiell mehr angewiesen sind. So steht beispielsweise im Aufruf zu den Blockupy-Aktionen folgendes: „Von den Milliardenbeträgen der ‘Eurorettung’ bekommen die Menschen in den betrof-

fenen Ländern keinen Cent, der Hauptteil fließt direkt an die Banken zurück.“ (Blockupy-Aufruf)

Hierbei wird verpasst, worin der Zweck des hiesigen Reichtums allgemein und desjenigen, der zur Abwendung des Finanz- und Staatsverschuldungscrashs aufgenommen wird, besteht: Geld wird hier ausgegeben, um vermehrt zu seinen Eigentümern zurückzukehren. Genau das ist auch das Business vom Bankwesen, das über das Geld der Gesellschaft verfügt, es Firmen nach seinem Ermessen zuteilt, die mit dem geliehenem Geld ihre Geschäfte anstoßen und das sich eigene Wachstumsquellen durch sein Wertpapiergeschäft verschafft. Weil das Bankwesen für das Funktionieren des Systems der Geldvermehrung derart zentral ist, haben die Staaten es gerettet, und zwar darüber, dass sie sich massiv verschuldet haben. Weil die Staaten ein Interesse am Funktionieren des Bankwesens haben, haben sie ihren Nationalkredit belastet, und zwar nicht um neue Wachstumsbedingungen auf ihrem Standort herzustellen, sondern um einen „Crash“ ihres Kapitalismus abzuwenden.

Wenn Geld wirklich dazu da wäre, dass eine „gerechte Verteilung“ von Reichtum am Ende herauskommen soll, wäre es doch zumindest fragwürdig, warum man für das Entstehen dieses Reichtums erst derartig große Unterschiede von arm und reich zulässt. Um am Ende dann die Reichen zu schröpfen und alles umzuverteilen? Dann hätte man sich die Unterschiede doch von Anfang an sparen können! Dass Umverteilungswünsche in der Realität nicht vorkommen, sollte man ihr nicht zur Last legen, sondern ihr entnehmen, wofür diese Art von Reichtum da ist: Dafür, dass der von Privateigentümern (ob das nun Banken oder Unternehmen sind) vermehrt wird. Die Mittel, ihn zu vermehren, haben die normalen Leute nicht – sie sind im Gegenteil das Mittel dafür. Deshalb sehen sie von dem durch sie vermehrten Reichtum auch nicht viel und werden von ihm ausgeschlossen.

An den Sparmaßnahmen sieht man das auch: Wenn es heißt, dass der Euro unbedingt gerettet werden muss, dann ist damit nie der Euro im Portemonnaie der Leute gemeint, sondern die Geldeinheit, in der Geschäfte laufen und die sich als Geldanlage wieder lohnen soll. Wie soll das passieren? Gerade indem an Rente, Lohn und Zuschlägen gespart, also das Leben der Lohnabhängigen verbilligt wird. Ausgaben für bloße Lebensbedürfnisse von Lohnabhängigen sind anscheinend genau das falsche Signal an die Finanzmärkte. Dem ließe sich entnehmen, dass man es nicht mit falscher Verteilung oder damit zu tun hat, dass es „nur noch“



...und dankenswerter Weise Widerspruch, hier in Düsseldorf.

ums Geld ginge, sondern dass der Zweck des Geldes und die Lebensinteressen von Leuten, die es mehren sollen, einander ausschließen.

### **Banken in die Schranken!**

Alternativ kann die Forderung nach „Gerechtigkeit“ – also die Verpflichtung aller auf den Dienst am Gemeinwesen – auch darin münden, die „Eigennützig“ beschränken zu wollen. Die Beschränkung fordern viele ausgerechnet von der Politik, die die Profitinteressen zuvor ins Recht gesetzt hat und die gerade alles dafür tut, um ihnen weiterhin gute Geschäftsbedingungen zu verschaffen.

„Banken in die Schranken!“ fordern sie z.B. von der Politik und meinen in ihr auch den richtigen Ansprechpartner gefunden zu haben, sie machen ihr z.B. praktische Vorschläge, wie die Finanzübermacht, „die Spekulative“, zurückzudrängen sei. So fällt es der Politik auch nicht schwer, den Protest für sich zu vereinnahmen und ihr Handeln als eines im Auftrag der Protestierenden darzustellen, wenn sie selbst höhere Eigenkapital-Anforderungen ans Finanzgeschäft stellt, mit Transaktionssteuern droht und eine freiwillige Beteiligung privater Anleger am griechischen Schuldschnitt aushandelt. Wenn die Politik allerdings Beschränkungen für das Finanzgewerbe bestimmt, dann lizenziert sie es erstens in neuer Form, weil sie es zweitens für ihren Wirtschaftsstandort schätzt und es so drittens auf neuer „soliderer“ Grundlage zum Florieren bringen will und nicht weil sie es tatsächlich einschränken will. Das Geschäft soll nur krisenfrei ablaufen! Und auch im Wunsch nach einem krisenfreien Kapitalismus ist sich ein Teil der Protestierenden mit der Politik einig:





Statt in „hochspekulative Finanzprodukte“ zu investieren, sollte die Bankenwelt doch ihrer „eigentlichen“, „dienenden“ Aufgabe nachkommen, verantwortungsvoll Kredit zu günstigen Konditionen an Staaten, Unternehmen und Häuslebauer zu vergeben. So wollen sie „Bankiers statt Bankster!“

Kredit ist erstens nie ein Dienst, sondern ein Rechtsanspruch gegen den Schuldner, die Zinsen zu bedienen, egal wie der das hinkriegt. Ein Kredit wird nie vergeben, um jemanden zu „versorgen“, sondern um an fremder Geschäftstätigkeit zu partizipieren. Zweitens ist es immer eine risikobehaftete Angelegenheit, Kredite an Konkurrenten zu vergeben, die sich ihren Erfolg gegenseitig bestreiten. Ein Kredit, der den Kreditnehmer vom bisher verdienten Geld unabhängig machen soll, um zukünftiges Geschäft gegen andere zu ermöglichen, ist immer spekulativ. Das Schuldengeschäft wird also nicht erst bei Aktien und Derivaten spekulativ, seine Natur besteht im Geschäft mit dem Risiko. Dabei sollen die Banken dann aber nur nicht „zu viel“ riskieren. Wo aber soll bitteschön das Maß der „soliden Spekulation“ sein? Banken sollen Risiko eingehen, aber nicht zu viel und ganz solide? Das „zu viel“ wird wie zuvor dargestellt immer erst beim Eintreten einer Krise entdeckt.

Dem Bankwesen vorzuwerfen, dass es seine Aufgabe verletze, die Unternehmen mit Krediten „zu versorgen“, wenn es in „hochspekulative Finanzprodukte“ investiere, erklärt ganz schlicht alle Geschäftstätigkeit, die über das Verleihen von Krediten hinausgeht und auf dieser Grundlage passiert, zu einer bloßen Entgleisung des Geschäfts. Diese Erklärung will sich also gar nicht mit dem Bankgeschäft für sich auseinandersetzen, sondern es moralisch anprangern.

Noch fataler bei dieser Diagnose ist allerdings die Unterscheidung von schaffendem und raffendem Unternehmertum. Während in der Realwirtschaft noch produziert würde und Arbeitsplätze geschaffen würden, würde im Finanzwesen ja „nur noch Geld“ verdient, lautet der Vorwurf. Der „Realwirtschaft“ wird einfach unterstellt, sie habe letztlich den Zweck, nützliche Sachen für die Versorgung von Leuten herzustellen. Dagegen muss man festhalten: Die Sachen – so brauchbar und nötig sie auch sein mögen – werden nicht verteilt, sondern verkauft. Sie werden nicht einmal produziert, wenn nicht die Aussicht besteht, sie gewinnbringend absetzen zu können. Niemand wird eingestellt, weil er auf einen Lohn angewiesen ist, sondern wenn die mit dem Lohn eingekaufte Arbeitsleistung so viel mehr an Ertrag erwirtschaftet, dass bei der Realwirtschaft Gewinne hängen bleiben. Auch die Realwirt-

schaft hat denselben Zweck wie das Finanzgewerbe: Geldvermehr(en)lassen. Dort wird das Geld zwar anders vermehrt, aber die Identität von beiden besteht in der Geldvermehrung und von der ist hier alles abhängig gemacht. Damit ist der Profit das gesellschaftlich gültige Interesse und nicht bloß ein „nur“. Profit wird hier nicht zu wichtig genommen, sondern von ihm ist alles abhängig gemacht, für nichts anderes wird hier gearbeitet, in nichts anderem besteht der Zweck dieser Gesellschaft.

Umgekehrt drückt sich im Wunsch nach Beschränkung aus, wie gern die Protestierenden einfach wieder „zurück zur Normalität“ wollen und wie sturzzufrieden sie eigentlich mit den Verhältnissen sind: Krise soll nicht mehr sein und die Finanzsphäre ihrem „eigentlichen“ Job nachkommen, den Zweck der Wirtschaft in Form „verantwortungsvollen Wachstums“ ordentlich zu unterstützen. Wenn die Protestierenden die Krise, aber sonst nichts am Kapitalismus stört, müssen sie vielleicht einfach ein bisschen zelten und warten – bis sich genügend Kapital entwertet hat, damit das „verantwortungsvolle“ Wirtschaften wieder von vorne losgehen kann. Außerdem müssen sie der Politik nur die Daumen dabei drücken, ihre Bevölkerungen genug zu verarmen, so dass die mit der Staatstätigkeit herbeiregierten Standortbedingungen wieder als produktiv, weil wachstumsförderlich, eingeschätzt werden.

### **Brecht die Macht der Banken!**

Am negativen Urteil der Finanzwelt über bestimmte Staatsanleihen oder die Kreditwürdigkeit von produktiven Unternehmen wird die Macht der Banken festgemacht. In der Kritik kommen hierbei die Staaten allerdings fälschlicherweise als die Opfer und Getriebene des Bankenkalküls vor.

Diese Kritik unterschlägt die staatliche Grundlage vom und das staatliche Interesse am Finanzwesen. 2008 haben die Staaten das Bankgeschäft mit verschiedenen Maßnahmen gerettet. Allein, dass sie das vermochten, verweist erstens auf ihr Interesse an einem intakten Bankwesen, zweitens darauf, dass dieses Geschäft dann auch auf der staatlichen Macht beruht. Der Staat lizenziert deren Geschäft: Alle Handelsartikel (vom kommerziellen Kredit bis zum Optionsgeschäft) sind Rechtsansprüche, die er garantiert. Der Staat stellt den Banken zweitens das Material ihrer Betätigung überhaupt erst zur Verfügung, indem er ein nationales Geld stiftet.

Der Staat hat an dem Geschäft der Banken ein eigenes Interesse: Er setzt es frei, so dass sie nach ihrem Kalkül von Sicherheit und Rendite über die Zuteilung von Geld entscheiden, auf dass am eigenen Standort ga-



rantiert nur Geld verausgabt wird, das kapitalistisch gerechtfertigt, also rentabel ist – von diesem aber unbegrenzt viel. Weil der Staat diesen „Dienst“ von ihnen will, rettet er die Banken und macht seine Verschuldung von ihrer Bewertung abhängig.

Hierbei sollte man allerdings beachten, dass es Sache der Politik ist, Staatsanleihen zu begeben, also das staatliche Verschuldungsinteresse dem Finanzkapital als Geschäftsmittel anzubieten. Die Staaten wollen sich damit eine höhere Freiheit in Sachen Ausgaben für ihre Standortförderung leisten. Umgekehrt haben die investierenden Banken und Versicherungen relativ sichere Papiere, die sich verzinsen, wissen sie doch um die Zugriffsmacht des Staates auf den Reichtum unter seiner Hoheit. Dass damit der staatliche Wille, mit den neu erworbenen Geldmitteln einen erfolgreich wachsenden Standort zu herbeizuregieren, nun auch zu einem Muss wird, wenn er sich weiterhin verschulden will, mag schon so sein. Das zeugt jedoch weniger von einem äußeren Zwang als von der Konsequenz, die sein Interesse nach sich zieht – er setzt seinen Standort und seine Ausgaben eben der Beurteilung durch seine Geldgeber aus: Wie fähig ist er zukünftig gesteigerten Reichtum aus der von ihm beherrschten Gesellschaft zu ziehen? So lange, wie beide Interessen zusammenwirken, so lange ist nebenbei niemand auf die Idee gekommen, die Macht von Finanzkapitalisten zu kritisieren. Mit der Krise und dem Misstrauen in den Kredit einiger Staaten ist diese Symbiose aufgebrochen und dadurch, dass sich die Banken „einfach nur“ fragen, ob die jeweiligen Staatsschulden noch für ihr erlaubtes Bereicherungsinteresse taugen und mit der Abwertung ein negatives Urteil fällen, geraten die Banken in Verruf. All das spricht aber nicht für eine Fremdherrschaft der Banken.

### **Die Sphäre der Politik: Korrupt, Amtsmissbrauch - Mangel an Demokratie**

Für ihre Bescheidenheit bzgl. der Ansprüche nach einem eigenen guten Leben verlangen die Protestierenden von der Politik wenigstens berücksichtigt zu werden: „Die Demokratie gehört den Menschen (demos = Menschen, krátos = Regierung), wobei die Regierung aus jedem Einzelnen von uns besteht. Dennoch hört

uns [...] der Großteil der Politiker überhaupt nicht zu. Politiker sollten unsere Stimmen in die Institutionen bringen“ (Manifest M15) Die Nation und ihre Politik scheint nur für den Auftrag zu bestehen, den Interessen der Leute zur Durchsetzung zu verhelfen, also gute Lebensverhältnisse für's Volk zu schaffen. Der Grund dafür, dass Krise herrscht und der „Profit über den Menschen“ gestellt werden konnte, so dass der Gier einiger weniger Recht gegeben worden sein soll, liegt für die Protestierenden in einer völlig falschen Politik. Dass die Mehrheit der 99% nicht viel von



*Wer braucht schon Kapitalismusanalyse wenn es Lynchfantasien gibt. (Bild: Occupy Frankfurt)*

ihrem Leben hat – obwohl es ihr vor lauter Dienstbereitschaft doch zustünde – liegt für sie darin, dass ihr eigentlich Verdientes von der politischen Macht vorenthalten wird. So werden sie kritisch gegen den Staat und klagen darüber, dass er sich die Abwesenheit „echter Demokratie“ hätte zu Schulden kommen lassen.

Deren Fehlen soll dann der eigentliche Grund für die aufgezählten Leiden sein. Auch wenn das logisch widersprüchlich ist, geht der Gedanke dabei so: Weil die Herrschaft von der unternehmerischen Minderheit der 1% korrumpiert sei, höre sie nur noch auf den Profit und diene nicht mehr dem Volke. So verletze sie ihren eigentlichen volksfreundlichen Auftrag und werde zu einer Herrschaft „der 1%, durch die 1%, für die 1%“.

### **Zum volksfreundlichen Auftrag der Demokratie:**

Es ist schon fragwürdig, warum es ausgerechnet ein Gewaltmonopol mit einer Heerschar von Polizist\*innen und Richter\*innen brauchen soll, um



Leuten ein auskömmliches Leben zu bieten. Es fragt sich auch, warum es für ein gutes Leben von Menschen überhaupt eine Herrschaft brauchen soll – soll sie die Menschen zu chilliger Arbeit und guter Versorgung etwa zwingen? Jede Herrschaft – auch die demokratische – unterstellt einen Gegensatz zu den von ihr Beherrschten. Es muss ferner eine seltsame Gemeinschaft sein, wenn sie erzwungen werden muss. Dann beruht sie nämlich nicht auf gemeinsamen Interessen und Absprachen, sondern auf lauter ins Recht gesetzten Gegensätzen!

Was ist eigentlich Volksherrschaft? Dass das Volk nicht über sich selbst herrscht, sondern regiert wird, ist bekannt. Wenn die Demokratie ihr Volk selbst darüber abstimmen lässt, von wem es sich gern regieren lassen will, wird sie darüber noch nicht menschenfreundlich. Sie überlässt hierbei der Bevölkerung die Entscheidung, wer die vorher feststehenden Ämter ausfüllen soll, also mit der bereits vorabstehenden Staatsräson betraut werden soll. Zu der Ermächtigung bestimmter Parteien und Politfiguren darf das Volk seine Zustimmung abgeben, in der Wahl wird jedem so abverlangt, sich die Frage vorzulegen, wer Deutschland wohl am besten regieren könnte – ohne zu fragen, was er selbst davon eigentlich hat. Die Abgabe der Stimme ist gleichbedeutend mit einer Unterschrift, fortan andere über die eigenen Lebensverhältnisse entscheiden zu lassen – demokratisch legitimiert. Ausgerechnet von so etwas wollen die Protestierenden mehr?

Dass die Mehrheit in der Demokratie nicht gerade von ihr profitiert, liegt nicht an ihrer Abwesenheit oder dass einfache Bürger\*innen zu wenig mitreden dürfen, sondern an ihrem Herrschaftszweck. Noch für jeden Politiker ist es das Wichtigste, dass „Deutschland gestärkt aus der Krise“ hervorgeht, alle halten es für eine Notwendigkeit, sich um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und um Zuspruch von den Finanzmärkten zu bemühen. (Die Politik verfolgt damit nicht den Standpunkt „es allen recht machen zu wollen“, sondern will den Erfolg der Nation.) Dass Natur, Menschen und Wissenschaft Ressourcen dafür sind, mit denen sich Gewinn durch Unternehmen erzielen lassen, wird von jeder Politik so gesehen. Beim Management der Bedingungen, dass diese auch geldverdienmä-

ßig ausgenutzt werden, gibt es dann parteipolitische Alternativen – worin besteht der sichere Energiemix?, Vermögenssteuer bei 42% oder 48%?, Mindestlohn bei 7,50 oder 10 Euro?

Dass das demokratische Procedere beim Staatmachen kein Selbstzweck für sich ist, sondern eben ein Mittel, um das Volk ideell auf die Staatsvorhaben zu verpflichten und dessen Zustimmung abzuholen, merkt man an so etwas wie Expertenregierungen oder der Drohung seitens der Troika, Kredite zu verweigern, das griechische Volk über die Annahme von Sparmaßnahmen abstimmen zu lassen. Wenn ein Misstrauen in den Volkswillen besteht, stört das demokratische Verfahren einfach nur! Somit macht sich die Politik nicht vom Willen des Volkes abhängig und wirft auch mal ihre Herrschaftsmethodik über Bord, wenn sie sie für unzugänglich hält.

### **Zum Korruptionsvorwurf:**

Politiker\*innen den Vorwurf zu machen, sie ließen sich bestechen und würden damit ihrem eigentlichen Auftrag nicht mehr nachkommen, tut so, als müssten sie erst zu etwas gezwungen werden, was sie selbst gar nicht vorgehabt hätten. Der Vorwurf der Korruption verpasst genau das Eigeninteresse der Politik am Wachstum der nationalen Wirtschaft, weil sie sich etwas für sich davon verspricht. Nur wegen ihres Interesses hat sie übrigens auch ein offenes Ohr für die Bedürfnisse von Unternehmen und richtet ihnen eine Lobby ein. Nur wegen ihres Interesses an kreditfinanzierter Staatstätigkeit erlaubt sie den Banken die Bewertung von Staatsanleihen. Es wäre auch ein schlechter Witz, wenn die Politik eigentlich gerne Leuten ein nettes Leben ermöglichen wollen würde, nur ausgerechnet sie – die die Geschäftswelt zu ihrer Tätigkeit berechtigt und ermächtigt hat – dauernd durch ihr eigenes Produkt dazu nicht in der Lage wäre. Volksherrschaft heißt eben gar nicht, dass es allen gut gehen soll oder es „allen recht zu machen“, sondern dass es eine Politik gibt, die über dem Volk steht und es beherrscht. Eine Politik, die alle Einzelnen beschränkt

★ FAIR-TRADE-T-SHIRTS-GIRLIES-TANKTOPS-POLOS-KAPUZENPULLOVER ★

★ JACKEN-PATCHES-BUTTONS ★

**GRANDIOSO-VERSAND.DE**

**GRANDIOSO-TEXTILDRUCK.DE**

★ ANARCHY ZONE ★

★ TSHIRTS-JACKEN ★

★ MUSIK-FAHNEN-ZINES-BOOKS-STREETWEAR-TASCHEN-RUCKSACKE ★





und sie so zur Verfolgung ihrer gegensätzlichen Interessen berechtigt, damit der Erfolg der Nation zum Zuge kommt – dafür wird das Volk benutzt und gegen andere Nationen wird er erzielt und behauptet (siehe Griechenland). Ein Sparprogramm zeigt das extra-deutlich: Für einen stabilen Euro und das Vertrauen der Finanzmärkte in die Verschuldungsfähigkeit der Staaten werden Ausgaben für bloße Lebensbedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung zusammengestrichen und gegen sie durchgesetzt. Selbst jetzt, wo die Bedürfnisfeindlichkeit des Systems besonders offen zu Tage tritt, hoffen die Protestierenden auf besseres Regiertwerden? Diese Beschränkung tut niemandem gut und lohnt sich auch nicht, weil sie in der Verpflichtung aller besteht, direkt oder indirekt einen Beitrag zum Konkurrenzenerfolg in Sachen Wirtschaftswachstum zu leisten. Genau in der Förderung von Kapitalwachstum für die eigene Nation besteht die „Verantwortung“ der demokratischen Politiker\*innen. Frage an die Protestierenden: Ist es sinnig an diese Politik Forderungen zu stellen? Ist es klug sich von einer solchen Politik beherrschen lassen zu wollen?

Nein, werden einige sagen: Wir wollen ja eine echte Demokratie!

### „Echte Demokratie jetzt!“

Es ist zwar gar keine Kritik an der bestehenden, ihr einfach das eigene Bild einer idealen entgegenzuhalten. Trotzdem sei noch ein Augenmerk auf die Praxis der voll echten Direktdemokratie gelegt: „Als eine Versammlung von Menschen ist die Asamblea die basisdemokratische Zusammenkunft freier Individuen zum konstruktiven kommunikativen Austausch. Dieser Austausch hat Konsensentscheidungen zum Ziel, die Kommunikation sollte lösungsorientiert und kooperativ von Statten gehen. Sinn und Zweck der Asamblea ist es ausdrücklich nicht, gegensätzliche Positionen konfliktiv aufeinanderprallen zu lassen, sondern vielmehr aus gegensätzlichen Positionen heraus gemeinsam neue Ansätze zu entwickeln.“ (alex11.org) „Sonstige Abstimmungen sollten nur in terminlich drängenden, organisatorischen Fragen, in denen die Zeit fehlt um zu einer Konsensentscheidung zu gelangen, als Mittel gewählt werden. Es ist allerdings niemand gezwungen sich an Ergebnisse von Abstimmungen zu halten. Denn echte Demokratie schließt ein Verständnis und ein Bewusstsein für eigenverantwortliches Handeln mit ein.“ (alex11.org) In der Asamblea soll jeder zu Wort kommen, jeder gehört werden. Jedes Interesse wird für gleich wichtig befunden, auf den Inhalt kommt es also nicht so sehr an. Jeder kann sich aber mit seiner ganz persönlichen Betroffenheit als Betroffener vorstellig machen und so die Demons-

tration seiner Empörung mit Kritik verwechseln. Es geht nicht darum, für bestimmte Interessen zu kämpfen – das würde andere ja ausschließen – sondern darum, mit der Versammlung und dem öffentlichen Campen zu zeigen, dass hier eine Mehrheit von Betroffenen versammelt ist, die sich „engagiert“. Dieses Interesse ist für sich schon ein seltsames, das nämlich nur zeigen will, dass man sich irgendwie engagiert statt „zuguckt“. Widersprüchliche Interessen werden dann nicht einfach ausgeglichen, sondern jeder soll sich konstruktiv für die ideelle Gemeinschaft einsetzen und dann eben nach anderen „Lösungsvorschlägen“ suchen. Warum eigentlich? Es kann doch auch mal sein, dass man falsch liegt, da ist es doch besser, sich widerlegen zu lassen statt gemeinsam irgendeinen neuen Ansatz zu suchen, der dann am Ende trotzdem Murks ist. Für was eigentlich? Für einen „gezähmten“ Finanzmarkt? Für eine solidarische EU?

Es kommt doch schon etwas auf den Inhalt der verschiedenen Interessen an. Relativ zu dem ergibt sich dann, ob man zwischen den unterschiedlichen vermitteln kann oder nicht. Auf eine Zeltordnung in Sachen Kloreinigung und Kochen, woran alle ein Interesse haben dürften, lässt sich sicherlich gut einigen. Worauf sich allerdings abhängig Beschäftigte und Mittelständler einigen sollen in Fragen der Arbeitsplatzeinrichtung und Lohnhöhe ist nicht abzusehen. Zwischen dem Interesse an einem guten Geschäft, das möglichst viel Leistung zu möglichst geringen Lohnkosten verlangt, und dem Interesse an möglichst wenig Arbeit für möglichst viel Geld lässt sich einfach kein Konsens finden. Es ist schlecht, sich nicht die Gründe für die Verfasstheit von Ökonomie und politischer Macht anzuschauen, sondern immer nur die eigene Enttäuschung über ihre Resultate zu demonstrieren, um am Ende dabei zu landen, sich konstruktiv in sie hinein-zudenken. Wenn derart gegensätzliche Interessen vorliegen, müssen die Verhältnisse ziemlich üble sein, dass Leute derart aneinander geraten. Dann muss man etwas an der grundlegenden Verfasstheit dieser Gesellschaft verändern.

Homepage:

[junge-linke.org](http://junge-linke.org)

E-Mail:

[info@junge-linke.org](mailto:info@junge-linke.org)

**Kontakt**



# Anarchismus und Judentum

## Kapitel 1



.....

*Die 1950 erschienene Schrift „Anarkho-sotsialistische ideyn un bavegunen bay yidn“ von Dr. Herman Frank (1890-1952), jahrelanger Redakteur bei der angesehenen anarchistischen Zeitschrift Fraye arbeter shtime, dokumentiert die Geschichte und die Ideologien der jüdisch-anarchistischen Arbeiterbewegung. Im ersten Kapitel sucht Frank den Dialog zwischen den schriftlichen (Tanach) sowie mündlichen Überlieferungen (Talmud) des Judentums und den libertären Idealen. Aus dem Jiddischen von Marcel Heinrich.*

### 1. Gewaltlosigkeit und Freiwilligkeit als Antriebskraft der jüdischen Geschichte

Wie ein roter Faden zieht sich eine klar erkennbare Idee durch das gesamte Geflecht der jüdischen Geschichte: die Idee geistiger Kraft ethischer Begriffe, die moralischen Prinzipien. Dieser Gedanke tritt klar und deutlich aus der Tanach und am stärksten bei den alten jüdischen Propheten hervor. Sämtliche Propheten stellten die Kraft des Geistes, der Wahrheit und der Gerechtigkeit weit über die grobe physische Macht. Deshalb waren sie prinzipiell, so ließe sich sagen, ausgesprochene Gegner des Staatswesens und der Monarchie.

Ein klassisches Beispiel dafür ist die scharfe Kritik des Propheten Samuel an der Forderung des jüdische Volkes nach einem König „wie es bei allen Völkern üblich ist“. Es ist charakteristisch für die prophetische Auffassung, dass der Prophet in den Königen und in der Monarchie die Symbole eines Systems erkennt, das auf Gewalt, Zwang und Ausbeutung basiert (1. Samuel 8, 6-18).

Auf der anderen Seite haben in der langen Periode bis zum Untergang der jüdischen Königshäuser gute und schlechte Könige sowie ihre Hofleute im Drama der jüdischen Geschichte eine große Rolle gespielt. Die Propheten sparten zwar nicht an Lob für Könige, wie beispielsweise an Joschija, doch lässt es sich nicht leugnen, dass der substantielle Inbegriff der prophetischen Ethik tief im geistigen Leben des jüdischen und der meisten anderen Völker verankert ist, nämlich das

Streben nach einer humanen und gerechten Ordnung, die frei von Gewalt, Zwang und Ausbeutung ist. Die meisten Strafreden der Propheten wenden sich gegen die Könige, deren Helfer und Mitläufer – die Hohepriester und die reiche Klasse.

Man darf nicht vergessen, dass während der Periode der jüdischen Propheten über anderen Völkern blutige Königshäuser wüteten, mit denen auch die beiden jüdischen Stämme Israel und Juda immer wieder in Konflikt gerieten. Im Gegensatz dazu waren die prophetischen Ideale von einer tiefen Menschlichkeit, einem heißen Verlangen nach Gerechtigkeit, Wahrheit, Mitleid und dem Streben nach Gleichheit durchdrungen. Diese Ideale lagen weit über dem, was bei „allen Völkern“ dieser Zeit üblich war. So ließe sich fragen: Wie sieht die prophetische Vision der zukünftigen Ordnung für das eigene Volk und für die ganze Menschheit denn aus? Glorifizierten sie einen Sieg durch Macht und Gewalt? Nein! Ihre höchste Vision vom „Ende aller Tage“, dem Endziel des menschlichen Fortschritts, ist das Ideal eines universellen Endes: Liebe, Freundschaft und Einigkeit, nicht nur zwischen allen Menschen, sondern zwischen allem Lebendigen auf der Erde (Jesaia 2, 2; Micha 4, 1-5; u.a.). Eine höhere Form und ein poetischeres Bild des Schlussideals und der Idee der Gewaltlosigkeit ist schwer vorstellbar. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der Tanach über drei Jahrtausende hinweg das Buch der Bücher des jüdischen Volkes war.

Nach der römischen Eroberung Judäas, zu Anbeginn der zivilen Zeitrechnung (71-135 n. Chr.) und dem Niedergang der jüdischen Königshäuser, ging die alte Forderung nach geistiger Erhebung, im Gegensatz zu der nach schierer physischer Gewalt, noch viel weiter als zu der Zeit der jüdischen Könige und Hohepriester in Jerusalem. Früher, während der Periode der Propheten, trat der Kontrast zwischen schierer Macht und Idee, zwischen physischer Kraft und Geist, aus innerlichen mora-



Jiddische Bibelübersetzung

lischen Motiven und ethischen Prinzipien in Form göttlicher Gebote hervor, was die Propheten mit der Idee des ethischen Gottes verbanden, dem einzigen für alle Menschen. Jetzt aber, nach der Zerstörung der jüdischen Königshäuser, kamen die ethischen Ideen und der Wunsch nach geistiger Erhebung auf einen natürlichen Weg. Sie waren das Ergebnis historischer Bedingungen unter der Zugabe der geheiligten Tradition des niedergeschriebenen Wortes des Herrn in der Torah. Stück für Stück verlor das Judentum seine kriegerischen Gewohnheiten und das Bewusstsein über die eigene physische Machtlosigkeit drang tiefer und tiefer in die jüdische Volkspsyche ein.

Betrachtet man die nachfolgenden Generationen systematisch, so wird alles, was mit Kriegen oder militärischer Stärke in Zusammenhang steht, weitestgehend ausgeblendet. Im Talmud finden sich nur sehr wenige Erzählungen über Kriege, kriegerische Aktivitäten und noch weniger Beschreibungen königlicher Zeremonien oder Traditionen aus dem nicht-jüdischen Leben. Die Hauptaufgaben der jüdischen Anführer, Wegweiser und Lehrer waren rein geistiger Natur, nämlich eine neue Königsherrschaft, „wie es bei allen Völkern üblich ist“, zu verhindern und das zerstreute Volk durch geistige Disziplin und freiwillige Vereinbarungen, ohne Zwang und Gewalt, zusammenzuhalten. Im Talmud wird die geistige und moralische Verbesserung, sowohl der jüdischen als auch der nicht-jüdischen Völker, noch höher geschätzt als in der Tanach. In diesem geistigen Klima lebten Generationen von Jüdinnen und Juden in vielen Teilen der damaligen Welt, besonders dort, wo das Studium der Tanach und des Talmuds erblühte.

Unter dem Einfluss solcher kultureller Ausprägungen entwickelte sich im Judentum eine Neigung zu geistigen Angelegenheiten und das Interesse an freien Professionen, die durch langes und systematisches Studium angeeignet werden.

Der Respekt gegenüber geistiger Autorität und der Hang zum andauernden Studium als Teil der religiösen Tradition hatte in seiner langen Geschichte einen merkwürdigen Einfluss auf den menschlichen Zusammenhalt. Isoliert und oftmals von der umgebenden Welt verfolgt, fand das jüdische Volk über die Gene-

rationen hinweg zu einem Zusammenleben, das nicht auf Befehlen oder äußerlicher Einmischung basierte, sondern ausschließlich auf den Ratschlägen wegweisender geistiger Autoritäten: den brillanten Denkern, den Weisen und Rabbinern. Es begann ein sozio-kulturelles Zusammenleben, das nicht auf königlichen Gesetzen basierte, sondern auf freiwilliger Disziplin und der Bereitschaft zur gesellschaftlichen Fürsorge. Es galt gegenüber den Mitmenschen nicht gleichgültig zu sein, besonders den Brüdern und Schwestern innerhalb der eigenen jüdischen Gemeinde und innerhalb des Verbandes an Gemeinden. Die Neigung zur Solidarität und zur gegenseitigen Hilfe, auch in Anbetracht der äußerlichen Gefahren, Verfolgungen und Benachteiligungen, war das anleitende Ideal menschlichen Zusammenlebens unter den Rechtlosen, Unterdrückten und Gefangenen, die in den jüdischen Ghettos lebten.

So entstand nicht die Theorie, sondern vielmehr die Praxis einer gewalt- und herrschaftslosen Ordnung, welche die jüdischen Bevölkerung durch ein über Generationen anhaltendes Festhalten an innerlicher Autonomie und den Prinzipien der Freiwilligkeit und des Respekts vor geistigen Autoritäten verinnerlicht hatte. Diese Praxis war jedoch oftmals von einer starken religiös-orthodoxen Dogmatik geprägt. Lange, lange war das innerliche Leben der jüdischen Massen frei von staatlicher Kontrolle und von gewaltsam erzwungenen Gesetzen, die das Zusammenleben von Mensch zu Mensch regeln sollen.

Diese Situation beherrschte das jüdische Leben über hunderte Jahre in den östlichen und westlichen Ländern, in Asien und in Europa. Eine neue Wendung gab es erst in der Epoche der Aufklärung, nach den großen Revolutionen in Nordamerika und Frankreich. Die Morgenröte einer neuen Zeit warf ihr Licht auf das unterdrückte Judentum. Die Finsternis des erniedrigenden, beleidigenden und auch geistig einseitigen Lebens im Ghetto verschwand über Nacht.

**Anm. der Redaktion: Es handelt sich bei diesem Text um eine Erstübersetzung. Alle Rechte liegen beim Autoren. Falls ihr also den Text übernehmen wollt, schreibt bitte die Redaktion (redaktion-gaidao@riseup.net) an – wir leiten eure Anfrage an den Autoren weiter, der euch ggf. den Text frei gibt.**



Autor Hermann Frank





# Krank gemacht

★ *Tom S. Jaeger*

Laut einer Statistik der Europäischen Union aus dem Jahr 2011 leiden innerhalb der EU 30,3 Millionen Menschen an „starken Depressionen“ – weitere 134 Millionen leiden unter den verschiedensten „Krankheitsbildern“ (Angststörung, Psychose, Schlafmangel, Abhängigkeiten usw.) Das sind eine ganze Menge Menschen. Zum Vergleich: Die EU gab 2011 an, eine Einwohnerzahl von 502,5 Millionen zu haben.

Das sind nicht mehr nur ein paar – das ist schon fast ein Drittel der Bevölkerung. Und die Zahlen steigen. Rapide. Auch werden so viele bunte Pillen verschrieben wie noch nie. Von Ritalin bis Valium.

Wie sicher die Zahlen der EU sind, lasse ich mal unter Vorbehalt – aber ich selber sehe es an mir und in meinem direkten Umfeld. Selbst die bürgerliche Presse beginnt sich zu fragen, ob das nicht eventuell eine schlechte Entwicklung ist. Doch das hinterfragen des Ganzen bleibt aus. Zumindest wird der Diskurs gemieden. Denn man könnte unangenehme Schlussfolgerungen ziehen. Man könnte bemerken, dass der Mensch eine Belastungsgrenze hat – und dass er in Verhältnissen lebt, die ihn krank machen.

Ich kenne ein Beispiel aus meiner eigenen Lehrzeit. Ich lernte in einer Druckerei/Grafikagentur und war als Stift natürlich das unterste Ende der Nahrungskette. Man musste mir keine Achtung entgegenbringen oder sonderliche Rücksicht auf mich nehmen – warum? Ich war ja nur der Stift, den man rumschubsen kann wie man möchte. Lange Rede kurzer Sinn. Ich muckte auf gegen dieses ewige „wie Dreck behandelt werden“ – daraufhin begann mein Chef, mir bei jeder Gelegenheit das Leben schwer zu machen. Die anderen Mitarbeiter – Kollegen waren es nicht, ich war ja nur der Stift – machten fröhlich mit. So etwas wie eine Auszubildendenvertretung gab es nicht und ich war auch der einzige Auszubildende. Und auch war ich damals noch nichtmal Mitglied in einer, wie auch immer gearteten, Gewerkschaft. Also machte ich den Rücken krumm und buckelte nach des großen Häuptlings Pfeife, wie einer nur buckeln kann, der sonst keine Perspektive hat. Und ließ die persönlichen Beleidigungen und

ungerechtfertigten Anschuldigungen tagtäglich über mich ergehen. Und jeden Abend spülte ich meine Wut hinunter.

Irgendwas in mir zerbrach in mir zu der Zeit. Ich bekam Angstzustände und andauernd glaubte ich, ich wäre krank. Ich bekam einen fürchterlichen Husten, ständig tat mir irgendwas weh. Ob es ein Stechen in der Brust oder ein Drücken in der Nierengegend war. Dagegen kann man kämpfen. Aber wenn du in einem Meer aus Jauche schwimmst, dann ist es schwer, das Ufer zu sehen. Das einzige Happy-End der Geschichte ist, dass ich durchhielt, meinen Abschluss machte und jetzt nicht einmal mehr an diese Zeit denken muss, wenn ich es nicht will. Mittlerweile sind die Angstzustände verschwunden und auch das ewige Krankheitsgefühl habe ich nicht mehr. Es ist wie bei großen Schmerzen von einer Geburt oder Operation – sie werden milder mit der Zeit. Man vergisst den Schmerz. Und irgendwann steht man wieder um halb 7 im kalten Wind an einer Bushaltestelle auf dem Weg zu einem Ort an dem man an sich nicht sein möchte – aber muss. Und dann kommen auch der kalte Schweiß und das Stechen in der Brust zurück.

Das ist nur meine Geschichte. Ich kenne noch dutzende mehr dieser oder zumindest ähnlicher Art - manche mit weitaus tragischerem Ausgang.

Das Mobbing am Arbeitsplatz ist durchaus weit verbreitet und das von oben nach unten immer Druck ausgeübt wird – selbst in den besten Firmen – gilt als „Normalzustand“. Man möchte nicht dahin. Der Körper und die Psyche weigern sich. Man wird krank. Dafür kann man selber als Person auch rein gar nichts. Denn es ist der Mensch in einem, dem diese Zustände widerstreben, nicht das Individuum. Immer weniger Leute hegen sonderlich große Liebe zu ihrer Arbeit – sie erfüllen sie, weil es ihnen das Brot auf den Tisch bringt. Und wer tagtäglich etwas macht, was er im schlimmsten Fall nichtmal versteht oder gutheißt – dessen Geist leidet. Aber das ist ein altes Problem und kann nicht der alleinige Grund für die steigenden Zahlen sein.

Die Moderne Technik trägt ihren Teil bei. Viele technische Innovationen erleichtern uns das Leben erheblich, aber Technik ist halt nicht gleich Technik. Eine Wasserpumpe, die Grundwasser filtert, mit einem Ipad



zu vergleichen ist im gleichen Maße ungerecht wie auch zynisch. Früher waren wir nicht allein mit unseren Problemen. Man lebte als Gemeinschaft mehr oder weniger zusammen und man traf sich auch des öfteren bei irgendwelchen Anlässen. Man redete mit einander. Wer heute einmal U-Bahn fährt, wird merken, was ich meine. Durch I pads, Mp3 Player und Smartphones sind wir auf dem besten Weg, eine Gesellschaft aus Autisten zu werden. Jeder für sich mit seinem kleinen Display. Die sogenannten sozialen Netzwerke sind kein Ersatz für ein echtes Sozialleben. Denn auf Facebook etc. werden zwar massenweise Belanglosigkeiten und Meinungsbekundungen ausgetauscht. Aber ein echter zwischenmenschlicher Dialog ist selten und das Eingehen auf die Gefühle des anderen – das Austauschen von Sorgen und Nöten findet dort so gut wie gar nicht statt. Die Menschen ent-sozialisieren sich. Sie werden zu Einzelgängern. Du bist zwar mit der ganzen Welt verbunden – aber dennoch bist du allein mit deinem Display.

Außerdem werden wir so zugeknallt mit Werbebotschaften in unserer Umwelt. Unsere Synapsen drehen

total durch. Dinge im Gehirn leiden unter der Dauerbeschallung und dem ständigen Input von überall. Wer einmal eine Woche sein Handy in die Ecke legt, seinen Computer ausschaltet und den Fernseher auch – der merkt, was wir verloren haben. Es gab Zeiten, da musste ich erst wieder lernen ein Buch zu lesen. Denn die Ruhe, die man zum Verstehen und Aufnehmen braucht, die hatte ich zu Zeiten verloren und verliere sie immer noch in unregelmäßigen Abständen.

Ich habe an dieser Stelle keine Lösung oder ein Heilmittel zur Hand. Aber was ich weiß, ist, dass das Wichtigste die menschliche Nähe ist. Das gegenseitige Zuhören und sich Stützen. Die Solidarität, wenn man so will. Keiner darf mehr allein gelassen werden in dieser Welt, die Menschen frisst.

Es gibt unzählige Faktoren, die uns das Leben verbittern und verbiestern wollen – aber wer wären wir, wenn wir das zulassen würden? Wer wären wir, wenn wir uns nicht mit aller Entschlossenheit gegen die Wand aus Kälte und Gleichgültigkeit stemmen würden? Und vor allem, wer würde es sonst tun?

## Der Schalk im Garten

★ Tom S. Jaeger

Etwas fröhliches tanzt auf meinem Zaun. Erblickt ihr es?  
Es ist der lachende Schalk, könnt ihr ihn schaun?  
Trägt ein Gewand aus Farbe und Licht und scheut sich meiner Blicke nicht.  
Er ist es, keine Frage! Jauchzend krakeelend, schwankt er auf der Balustrade,  
Von keiner stolzen Gestalt brüllt und lacht er, der taumelnde Schalk.  
Kein Schritt geht fehl, fallen wird er nicht, der kleine Wicht.  
Vergessen ist das Tagewerk mit all seinem Tand, ein Lächeln erleuchtet meinen Verstand.

**syndikal 2013**  
Kollektiver Organisator  
im Taschenformat  
192 Seiten · EUR 6,50 / CHF 10,-  
[www.syndikat-a.de](http://www.syndikat-a.de)

Infogruppe Bankrott (Hg.).  
**Occupy Anarchy!**  
Libertäre Interventionen in  
eine neue Bewegung  
Demnächst bei **edition assemblage**  
Reihe Systemfehler Bd. 3  
farbig · TB · 110x180mm · 152 Seiten  
ISBN 978-3-942885-26-3 · ca. 9,80 Euro  
[www.edition-assemblage.de](http://www.edition-assemblage.de)



# “Lieber Diktator sein, als schwul”

*Wählen ändert nichts – erst recht nicht in einer Diktatur.  
Solidarität mit der Protestbewegung in Belarus und den  
eingesperrten Genoss\*innen.*

★ *Anarchist\*innen aus Süd-Ost Berlin*

Die Reaktion des amtierenden Präsidenten Weissrusslands, Alexander Lukaschenko, auf den Kommentar des deutschen Außenministers Guido Westerwelle, Weissrussland sei „die letzte Diktatur Europas“, lässt tief blicken. Dabei überrascht weniger die offensichtliche Feindlichkeit Lukaschenkos gegenüber Homosexuellen, diese hat er bereits in der Vergangenheit oft und offen zur Schau gestellt, sondern vielmehr seine Eigenbezeichnung als Diktator. Nun könnte naiverweise angenommen werden, dass ein Land wie Deutschland, welches die eigene Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit so hoch wertschätzt, spätestens nach solchen Verlautbarungen die Beziehungen zu solch einem Land zumindest kritisch prüft. Aber weit gefehlt, hat Deutschland in der Vergangenheit, wie etwa bei den umstrittenen Waffenlieferungen nach Saudi Arabien doch mehrfach bewiesen, dass die eigenen Ansprüche nicht zwingend für potenzielle Handelspartner gelten müssen.

Und so bestimmen seit kurzem auch keine Schlagzeilen über deutsche Interventionen oder Proteste gegen die permanente Missachtung von Menschenrechten, die brutale Niederschlagung von Protesten gegen offensichtlich gefälschte Wahlen, oder das jahrelange Wegsperrten unliebsamer Aktivist\*innen die öffentliche Presse, sondern eine Vielzahl von Anekdoten über eine fruchtbare deutsch-weissrussische Zusammenarbeit. So wurde kürzlich bekannt, dass weissrussische Sicherheitskräfte nicht nur in einer Reihe von Seminaren im Umgang mit „(Sport-)Großveranstaltungen“ von ihren deutschen Kollegen unterrichtet wurden, sondern darüber hinaus das vermittelte Wissen während des Castor-Transportes 2010 ins niedersächsische Gorleben auch in der Praxis beobachten konnten. Ob die belarussischen Beobachter\*innen bei den zahlreichen Gewaltexzessen und Übergriffen der deutschen Sicherheitskräfte wirklich viel neuen Input erhielten, sei an dieser Stelle mal dahingestellt. Darüber hin-

aus berichteten verschiedene Zeitungen über weitere Kooperationen, wie etwa die Ausrüstung weissrussischer Polizist\*innen mit Schlagstöcken und anderen Accessoires zur Kontrolle von Grossereignissen, die Ausbildung von Einheiten der gefürchteten Miliz oder eine Textilfirma nahe der Hauptstadt, die bis vor wenigen Jahren noch fleissig Uniformen für deutsche Polizeibeamt\*innen herstellte.

## **Der Vater Weissrusslands**

Lukaschenko ist seit 1994 durchgängig „gewählter“ Präsident. Laut damaligem Wahlrecht hätte er 2006 nicht wieder antreten dürfen. Doch 12 Jahre schienen dem selbsternannten „Vater Weissrusslands“ nicht genug, so ordnete er kurz vor der Wahl ein Referendum (eine Art staatlich bestimmter Volksentscheid) ein, den er natürlich für sich entschied. Dieses Referendum gab ihm das Recht unendlich oft auf sein Amt zu kandidieren. Und so scheint das Wintermärchen noch lange nicht ausgestanden, ganz nach dem biblischen Motto: Bis das der Tod euch scheidet.

Doch das Volk zeigte sich erstaunlich undankbar, angesichts einer drohenden Dynastie Lukaschenko bis zum St. Nimmerleinstag und zweifelte sowohl die Richtigkeit und das Ergebnis des Referendums, als auch der anschließenden Wahl an. Es kam zu massiven Protesten, die auch nicht abrissen, als sich der weissrussische Geheimdienst – bezeichnenderweise immer noch KGB genannt – genötigt sah darauf hin zu weisen, dass Regimegegner mit lebenslangen Haft- oder sogar der Todesstrafe rechnen müssten. Dementsprechend hoch waren die Erwartungen an die Wahl 2010, doch der selbsternannte „Vater Weissrusslands“ sorgte schon im Vorfeld mit offensichtlichen Verstößen gegen das Wahlrecht für Negativ-Schlagzeilen. Das große Teile der Bevölkerung daraufhin der Verdacht beschlich, dass auch diese Wahl nicht korrekt verlief, durfte wenige überrascht haben. Und so kam es schon am Wahltag selbst zu massiven Protesten, die allesamt brutal durch die Sicherheitskräf-



te niedergeschlagen wurden. Doch selbst Brutalität und ein abstruses Demonstrationsverbot hielten die Menschen nicht davon ab, am 24.12.2010 mit über 5000 Teilnehmer\*innen in der Hauptstadt Minsk zu demonstrieren. Die vorrangigsten Ziele der heterogenen Protestbewegung waren der Rücktritt Lukaschenkos, Neuwahlen und die Aufarbeitung der Betrugsfälle von 2006.

Trotz alledem wurde die junge Protestbewegung ein ums andere Mal mit brutaler Repression überschüttet, sei es durch das – wortwörtliche – Zerschlagen von Demonstrationen, Kundgebungen oder Veranstaltungen, oder durch das exemplarische Wegsperrern von unbliebenden Aktivist\*innen in haarsträubenden Gerichtsverfahren.

Unter ihnen sitzen auch 5 anarchistische Genoss\*innen, die im Mai 2011 zu 3-8 Jahren Haft verurteilt wurden. Einige von ihnen sind seit ihrer Festnahme in einer groß angelegten Polizeioperation am 3. September 2010 durchgängig inhaftiert. Als Vorwand für diese Operation und dutzende Festnahmen und Verhöre nutzte der Geheimdienst verschiedene Brandanschläge, unter anderem auf die russische Botschaft in Minsk im August 2010. Eine vorzeitige Begnadigung, wie es die lokale Opposition und zahlreiche Solidaritätsbekundungen gefordert haben können sie nur mit einem Gnadengesuch an den Präsidenten, welches auch ein eindeutiges Schuldeingeständnis beinhaltet, erwarten. Nur Artem Prokopenko ließ sich aus persönlichen Gründen darauf ein, sitzt aber allen Versprechungen zum Trotz immer noch im Gefängnis. Im Oktober 2011 wurden die 5 Genoss\*innen von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und NGOs (Nicht staatliche Organisationen, bspw. Attac oder Greenpeace) als politische Gefangene eingestuft. Ihre Chancen freigelassen zu werden erhöhen sich zwar aufgrund des dadurch entstehenden öffentlichen Drucks, machen dies jedoch nicht sicher.

Am 23. September fanden in Weissrussland wieder Parlamentswahlen statt, die aller Voraussicht nach wieder zu einem „100%-Sieg“ regimetreuer Abgeordneten geführt haben. Für uns ist klar das sich die Situation aller kritisch denkenden und freiheitsliebenden Menschen in Weissrussland damit weiter zementiert, denn ein Einlenken des letzten Diktators Europas scheint unwahrscheinlich. Umso dringlicher ist daher unsere direkte Solidarität mit der weissrussischen Protestbewegung, allen anarchistischen Aktivist\*innen und besonders mit den 5 inhaftierten Genoss\*innen. Wir fordern die sofortige Freilassung von Igor Oline-

witsch, Artem Prokopenko, Alexandr Frantzkewitsch und Eugenij Vaskovich, sowie ein Ende der brutalen Repression und der unterdrückenden Gesetze. Alle Menschen in Weissrussland sollen frei und ohne staatlichen Druck darüber diskutieren können, wie sie ihr Zusammenleben zukünftig gestalten wollen, welche Probleme und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft vorhanden sind und vor allem: wie sie angegangen und gelöst werden können.

Wählen ändert nichts, erst recht nicht in einer Diktatur. Solidarisiert euch mit den Gefangenen und allen anderen, von Repression betroffenen Aktivist\*innen in Belarus. Schreibt ihnen, organisiert Kundgebungen und Demonstrationen, oder zeigt den weissrussischen Behörden und ihren deutschen Handelspartner\*innen was ihr dazu zu sagen habt.

**Für ein Ende aller Diktaturen, egal ob durch  
Staat, Nation oder Kapital.  
Für die sofortige Freilassung der Gefangenen in  
Belarus und überall.  
Für die soziale Revolution!**





# TERMINE

A/BRD/CH

## Vortrag: CrimethInc. „Message in a Bottle“

Rundreise in verschiedene Städte im Oktober

Crimethinc ist ein dezentral organisiertes, loses Kollektiv mit Wurzeln in der Hardcore- und Anarcho-Punk-Szene Nordamerikas sowie Aktivistengruppen um die Earth First!-, Reclaim the Streets-, Food not bombs- und Critical Mass-Bewegungen. Es ist stark von Anarchismus, Situationismus und Poststrukturalismus beeinflusst. CrimethInc. ist sowohl antikapitalistisch als auch antiautoritär und versucht in Aktionen und Publikationen Kultur, Politik, das Leben, Arbeit und emanzipatorische Wege kritisch zu hinterfragen.

In diesem Vortrag werden langjährige Mitwirkende diese Erfahrungen reflektieren, Material aus den verschiedenen Phasen der CrimethInc. Aktivitäten präsentieren und diskutieren, wie sich der Kontext in den USA verschoben hat. Dabei wird versucht darzustellen, warum US-Anarchist\_innen eine Entwicklung von der subkulturellen Rebellion hin zu einem generellen Aufstand durchlaufen haben – um schließlich Hypothesen aufzustellen, was die Zukunft bringen kann.

Alle Infos: [rundreisen.blogspot.de](http://rundreisen.blogspot.de)

München

### Demo: No ♥ for a deutschland

3. Oktober / München

Am 2. und 3. Oktober finden in München die alljährlichen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit statt. Deutschland hat dabei offensichtlich allen Grund, wieder stolz auf sich zu sein. Auf dem Weltmarkt präsentiert sich der Exportchampion als Krisengewinner und zwingt Länder wie Griechenland zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen.

Selbstbewusst und mit der moralischen Überlegenheit des geläuterten Aufarbeitungsweltmeisters führt Deutschland Krieg und kann die militärische

Absicherung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen sogar trefflich durch seinen „schmerzhaften und ehrlichen“ Umgang mit der eigenen Geschichte, den sogenannten zwölf dunklen Jahren, legitimieren. Deutschland schiebt ab, sortiert in Nützlige und Überflüssige und kann die bestehenden Ressentiments, die in der Mitte seiner Gesellschaft grassieren, trefflich einem so genannten Extremismus unterschieben.

Wenn sich das gute Deutschland am 2. und 3. Oktober diesen Jahres feiern lässt, werden wir für die Dissonanzen im Loblied auf den globalen Friedensstifter sorgen. Denn Deutschland, genau wie jede Parteilichkeit mit dem eigenen nationalen Kollektiv und bereits das Konzept der Nation an sich, sind und bleiben scheiße und widersprechen absolut unserer Vorstellung eines schönen Lebens.

Mehr Infos: [3oktober12.blogspot.de](http://3oktober12.blogspot.de)

Dresden

### Vorträge, Reiseberichte, Diskussionen, Direkte Aktion: Antiknasttage

5.-7. Oktober / AZ Conni, Rudolf-Leonhard-Str. 39 Dresden

Mehr Infos: [antiknast-2012.tk](http://antiknast-2012.tk)

Wien

### Stadtspaziergang: Radikal hat Bestand „Archive und Bibliotheken“

6. Oktober

Zu sehen gibts: Archiv der Wiener Punkbewegung, Anarchistische Bibliothek & Archiv, Bibliothek von unten und Archiv der sozialen Bewegungen, bibliothEKH und KOLLEKTIV\_GEDÄCHTNIS

Mehr Infos:

[radikalhatbestand.noblogs.org/](http://radikalhatbestand.noblogs.org/)

Mailand (Italien)

Europäisches Treffen zu Solidarischer Landwirtschaft und anderen Verteilungsnetzwerken zur Umsetzung von Ernährungssouveränität

10.-12. Oktober

Mehr Infos: [nyelenieurope.net/en/](http://nyelenieurope.net/en/)

Karlsruhe

### Vortrag: Wie Neonazis den Fußball missbrauchen

16. Oktober / 19 Uhr / KSC-Clubhaus, Adenauerring 17 (im KSC-Stadion)

Seit vielen Jahren bemüht sich die rechtsradikale Szene bei den Fußballfans Einfluss zu gewinnen – zuweilen mit Erfolg. Der Journalist Ronny Blaschke hat Beispiele recherchiert: NPD-Mitglieder rekrutieren Nachwuchs in der Anhängerschaft des 1. FC Lok Leipzig; in Sachsen-Anhalt arbeitet ein Rechtsradikaler als Jugendtrainer; in Dortmund gibt es Überschneidungen zwischen Autonomen Nationalisten und Fanszene. Dass bei Teilen der Fans rechtsextreme Einstellungen verwurzelt sind, zeigt sich, wenn rassistische, antisemitische oder schwulenfeindliche Parolen angestimmt werden.

Ronny Blaschke arbeitet als freier Journalist in Berlin, unter anderem für die Süddeutsche Zeitung und den Deutschlandfunk. Sein neues Buch gewährt arlamierende Einblicke in ein Problemfeld, über das wenig bekannt ist. Zugleich wertet es Erfahrungen und Vorschläge aus, wie dem Einfluss Rechtsradikaler in den Vereinen und Stadien begegnet werden kann.

Hamburg

### 10 Jahre Schwarze Katze in der Fettstraße

19. bis 21. Oktober / Libertäres Kultur- und Aktionszentrum „Schwarze Katze“, Fettstraße 23, Hamburg

Das Libertäre Kultur- und Aktionszentrum „Schwarze Katze“ begeht sein 10-jähriges Jubiläum in der Fettstraße 23. Das soll ein ganzes Wochenende lang gefeiert werden. Am Freitag gibt es eine Jubiläumskneipe, am Samstag eine Cocktailparty und am Sonntag ein Volxmenü (nur mit vorheriger Anmeldung bei [fauhh4@fau.org](mailto:fauhh4@fau.org)).

Mehr Infos: [libertaereszentrum.de](http://libertaereszentrum.de)





antinationales rumgetanze auf der  
straße gegen die einheitsfeierlichkeiten  
2012 in münchen

# rave with outb orde rs\*\*\*

am 2. oktober feiern ohne  
fahnen um 17 uhr ab  
sendlinger tor

weitere infos und news unter  
3oktober12.blogspot.de

**NO ♥  
FORA  
DEUT  
SCHL  
AND!**

rage against abschiebung 11  
das solifestival 2012

3.10.12  
FEIERWERK

MAL ÉLEVÉ \* DOS HERMANOS \* MICROPHONE MAFIA \* TUBBE  
\* RAPID \* LOKOMOTIVE BLOKSCHOIJ \* KEIN VORSPIEL \*  
CAPTAIN CAPA \* SICKCITY \* NEONSCHWARZ

THAT NIGHT \* NIGHTSHAMEN  
www.rageagainstabschiebung.de

## FdA hautnah

Regelmäßige Termine der Mitglieder im Forum deutschsprachiger Anarchist\*innen.



### BERLIN

Anarchistischer Stammtisch der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB)

Jeden 2. Donnerstag ab 19 Uhr in der Tempest Library,  
Reichenberger Str. 63a, Kreuzberg  
4. Dienstag des Monats ab 19 Uhr im Café Morgenrot,  
Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg

Tresenabend „Auch in Kreuzberg erreichbar - die Anarchisti-  
schen Gruppe Neukölln (AGN)“

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat in der Erreichbar,  
Reichenbergerstr. 63a, 2. HH

### DRESDEN

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dres-  
den (Libertäres Netzwerk)

Jeden 2. Mittwoch und 4. Freitag in der Kneipe „Trotzdem“,  
Alaunstr. 81, Dresden-Neustadt

### LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café des Libertären  
Bündnis Ludwigsburg (LB)<sup>2</sup>

Jeden 4. Mittwoch im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

### MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19:00 Uhr im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus),  
68159 Mannheim

Radio Libertad - libertäre Nachrichtensendung der AGM auf  
Radio Bermudafunk (89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg)

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 - 14:00 Uhr

### SAARBRÜCKEN

Anarchistischer Stammtisch von antinationale.org

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 Uhr im Gasthaus Bingert im  
Nauwieser Viertel

Feierabend - die libertäre Solikneipe

Jeden 2. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr im JUZ, Pfarrgasse 49 in  
St. Ingbert





## Forum deutschsprachiger Anarchist\*innen [FdA-IFA]

**1**

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

**2**

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

**3**

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

### KONTAKTE

FdA-IFA <http://www.fda-ifa.org>  
IFA <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin  
Kontakt: [afb@riseup.net](mailto:afb@riseup.net)  
<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim  
Kontakt: [info@anarchie-mannheim.de](mailto:info@anarchie-mannheim.de)  
<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

antinationale.org Saarbrücken  
Kontakt: [antinationale@riseup.net](mailto:antinationale@riseup.net)  
<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein  
Kontakt: [sortesindet@marsmail.de](mailto:sortesindet@marsmail.de)

Libertäres Netzwerk Dresden  
Kontakt: [linetdd@riseup.net](mailto:linetdd@riseup.net)  
<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg  
Kontakt: [lb-hoch2@riseup.net](mailto:lb-hoch2@riseup.net)  
<http://lblb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz  
Kontakt: [laydaran@immerda.ch](mailto:laydaran@immerda.ch)  
[karakok.wordpress.com/karakok-autonome](http://karakok.wordpress.com/karakok-autonome)